

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Wit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefährte 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147.

Freitag, den 26. Juni 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Bismarck vor der Weltgeschichte.

Wie die Weltgeschichte einstmal über die Bedeutung des Fürsten Bismarck urtheilen werde, kam jüngst im Reichstage zur Erörterung. Weber meinte, die Nachwelt werde namentlich die innere Politik des Fürsten stimpferhaft finden, worauf der Nationalliberale Bennigsen und der Antisemit Liebermann von Sonnenberg in der bekannten überschwenglichen Weise das Lob des ehemaligen Reichstanzlers sangen und sich geberdeten, als könne sich gar keine Kritik an dessen Thaten heranwagen.

Die Mehrheit des Reichstages war sichtbar nicht der Anschauung dieser beiden Bismarckverehrer, und es war schon einigermaßen bezeichnend, daß sich der genannte Antisemit, auf dessen Urtheil wohl nur sehr wenige Leute etwas geben, zum Vertheidiger des „Säkularmenschen“ aufwerfen konnte. Wenn es so schon in der Gegenwart aussieht, was wird erst die Nachwelt über den Mann sagen, den seine blinden Verehrer als einen der größten Staatsmänner aller Zeiten anerkannt wissen wollen! Allerdings hat die vorlaute Aufdringlichkeit, mit der sie dies thun, auch ihr Theil dazu beigetragen, den Namen Bismarck seines früheren Nimbus zu entkleiden.

Die kühle Kritik späterer Zeiten wird ohne Zweifel den Nachweis führen, daß die Bismarck'sche Politik nicht eine Politik der großen Tüde, sondern der kleinen Kniffe gewesen ist.

Was manchen Zeitgenossen so groß erscheinen mochte, nämlich der Einheitsgedanke, war von Anderen vorbereitet und populär gemacht worden. Bismarck fand die Zustände reif für die Einheit vor, aber er verschlechterte den Einheitsgedanken, den das Jahr 1848 in eine schöne und großartige Form gebracht hatte, in der Ausführung. Er brachte, mit einem französischen Schriftsteller zu reden, nicht die Einheit des Wienerstockes, wie wir sie gebraucht hätten, sondern nur die Einheit der Kaserne, wie wir sie heute noch haben. So wenig wie wir Partikularisten oder Föderalisten sind, so wenig entspricht die Bismarck'sche Form der Einheit unserem Ideal.

Es giebt Leute, welche die innere und äußere Politik Bismarcks von einander trennen wollen. Die äußere, sagen sie, sei großartig und genial, die innere sei fehlerhaft. Andere finden natürlich die Bismarck'sche Politik in jeder Richtung unübertrefflich.

Unserer Meinung nach bildet die Bismarck'sche Politik ein untrennbares Ganzes; sie ist einem gewaltthätigen Naturell entsprungen. Ihr Träger glaubte Alles, was sich ihm in den Weg stellte, mit äußerer Gewalt niederwerfen zu können. Er machte die Erfahrung, daß die Verhältnisse stärker als die Menschen und auch als der Mensch Bismarck sind. Nur junkerlicher Uebermuth konnte dies verkennen, und um so viel schwerer waren die Demüthigungen, die hinterher kamen, aber sie waren verdient.

Der deutsche Dualismus wurde durch den Bruderkrieg von 1866 angeblich beseitigt; in Wahrheit aber ist an Deutschlands Körper die Wunde, die ihm jener Krieg schlug, niemals geheilt, ganz abgesehen davon, daß viele Millionen Deutscher aus dem Reich ausgeschlossen wurden. Der Krieg von 1870 setzte fort, was man 1866 begonnen hatte; die äußere Form der Einheit kam, aber um welchen Preis? Der „bewaffnete Friede“, als dessen Urheber man Napoleon III. so schwer verurtheilt hat, wurde verwirgt und hat Opfer aufgelegt, die das Mark der Völker aufzehren. Der Wettlauf in den Rüstungen wurde damals eingeleitet.

Dazu kam die Feindschaft mit den Franzosen, die nun ein Vierteljahrhundert dauert und länger dauern wird, weil Elsaß-Lothringen als fester Pankapsel zwischen den beiden Mächten liegt. Nationalliberale Hurrah-schreier preisen freilich die Annexion der beiden Provinzen als eine der größten „nationalen“ Thaten.

Diese Annexion aber hat Europa in den Zwei- und Dreibund gespalten. Wie, wenn das Wort von Karl Marx — mit dem er nicht allein steht — daß der Krieg mit Frankreich notwendig und unvermeidlich einen Krieg mit Rußland bringen müsse, sich erfüllen sollte? Wenn dann der Weltkrieg käme, dessen Verheerungen alle Phantasie übertreffen müßten?

Die Generationen, die diesen Krieg erleben müßten, würden die wohl in dem Fürsten Bismarck auch den „größten Staatsmann“ erblicken?

Es wird für den Fürsten Bismarck dann gut sein, wenn er nicht mehr zu hören braucht, was über ihn gesprochen wird. Schmeicheleien und Dankfugungen dürften es schwerlich sein.

Aber auch wenn die Katastrophe in Folge veränderter Verhältnisse ausbleiben sollte — werden dann die Völker für die Last des bewaffneten Friedens, unter der sie seufzen, dankbar sein?

Das kann man wirklich nicht verlangen.

Die äußere Politik hat allerdings kriegerischen Ruhm gebracht. Aber dieser führt jedes Volk schließlich auf Abwege. Zudem ist er nicht einmal das Verdienst Bismarcks.

Bismarck übersfluthete Deutschland mit den fünf Milliarden der französischen Kriegsschädigung. Der „Millionärzüchter“ hatte nicht die ökonomische Einsicht, um zu begreifen, daß diese Ueberfluthung nach einer künstlich gesteigerten Prosperität eine dauernde Krisis herbeiführen mußte.

Die Krisis kam in raschem Rückschlag und sie rief eine Reihe von gesetzgeberischen Akten hervor, die wiederum nur nachtheilig wirken konnten.

Die politischen Einrichtungen, mit denen Deutschland beglückt wurde, haben sich heute in ihrer Mangelhaftigkeit erwiesen. Das allgemeine Wahlrecht wurde gegeben, aber der Reichstag blieb ohne Diäten und überhaupt ohne die Macht, die der Vertretung eines großen Volkes gebührt, wenn dieselbe nicht ein bloßes Ornament sein soll. Einige Neuerungen kamen, die vielfach willkommen waren, wie Münzeinheit, Zwilehe und so weiter, aber für dies Linsengericht opferten die Nationalliberalen die politischen Rechte und Freiheiten.

Die oppositionellen Parteien verfolgte Bismarck mit Ausnahmegesetzen. Centrum und Sozialdemokratie wurden unter solche gestellt. Der Kampf endete mit einem großartigen Mißerfolg Bismarcks in beiden Fällen; seine innere Politik war nachgrade nur eine Neuaufwärmung Metternich'scher Weisheit geworden.

Dann kamen die wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze, die alle in einen großen Mißerfolg ausliefen. „Es gelingt nichts mehr!“ war schließlich die Signatur dieser Politik. Bevorzugung einzelner Klassen, Steuerdruck, Vertheuerung der Lebensmittel, Unzufriedenheit überall — so war die Situation, als Bismarck stürzte, nachdem er seinen „Ruhm“ längst überlebt hatte. In den Augen klarblickender Leute hatte dieser „Ruhm“ nie existirt.

Es ist erklärlich, daß ein Gewaltiger in den Augen seiner Zeitgenossen immer größer erscheint, als er ist, namentlich bei denen, die durch ihn Vortheile bekommen haben.

Die große Masse der Hurrah-schreier, die sich von jedem Erfolg fasziniren läßt, übertreibt immer. Was hat es doch schon für Fürsten, Staatsmänner, Feldherren gegeben, die von ihren Zeitgenossen geradezu überschwenglich verherrlicht wurden und die der Nachwelt gar nicht imponiren! Und unter ihnen waren solche, die größer sind, als Bismarck jemals war.

Er hatte einen Zeitgenossen, der gar keinen Respekt vor der „Größe“ des Mannes von Friedrichruh hatte. Dieser Mann war kein „Reichsfeind“ — es war Moltke. Die Bemerkungen Moltkes über Bismarck, von denen eine Menge in der politischen Welt kursiren, verrathen, daß Moltke von Bismarck absolut keine große Meinung hatte.

Bismarck sagte einmal, die Geschichte von 1848 könne nicht geschrieben werden, wenn nicht die preussischen Staatarchive dazu benutzt würden.

Nun, diese Archive werden sich auch einmal aufthun und dann wird nicht nur über das Jahr 1848 sich manches Interessante herausstellen. Dann wird auch die ganze und wahre Geschichte der Bismarck'schen Regierung bekannt werden und die Nachwelt wird ihm keine Kränze flechten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „politisch-todte“ Saison bereitet sich vor. Die Minister schütteln den Staub von den Pantoffeln und reisen ins Bad. Mit Beendigung der Landtagsession

haben der Handelsminister Frh. v. Berlepsch und der Kulturminister Dr. Bosse längeren Urlaub angetreten, desgleichen Staatssekretär Marschall. Gleich nach dem Schluß des Reichstages wird der Justizminister sich auf Urlaub begeben und Andere werden desgleichen thun. Für die Arbeiterklasse giebt es eine politisch-todte Saison nicht. Der Klassenkampf kennt keine Pausen.

Im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch besagt Art. 55: In Ansehung der Landesherrn und der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten. Dr. Lieber und Genossen beantragen als Absatz 2: „Das Gleiche gilt in Ansehung der Mitglieder des vormaligen hannoverschen Königshaus, des vormaligen kurhessischen und des vormaligen herzoglich Nassauischen Fürstenhauses.“

Einer der fleißigsten Festredner unter den deutschen Fürsten ist der Großherzog von Baden. Er hat bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Hockenheim am 21. Juni wieder eine Ansprache gehalten, worin er den Kampf gegen den „Umsturz“ empfahl. Er sagte:

„Was sollen die Folgen der Feinde sein? Das ist es, was uns fortgesetzt beschäftigt. Wir wollen geloben, das festzuhalten, was gegründet ist: nicht gegen die Feinde außerhalb, sondern gegen diejenigen im Innern des deutschen Reiches wollen wir ankämpfen. Wir wollen fest zusammenhalten; mögen Angriffe kommen, woher sie wollen, und von Leuten ausgehen, welche es auch sein mögen, es gilt fest zusammen zu halten, um die Achtung aufrecht zu halten; denn sie ist ein Segen der Nation; das Gegentheil ist Unglück und Vernichtung. Gott behüte uns vor Mangel an Hingebung zur Krone und zum Reich, vor Mangel an Liebe, die alles überragen muß. Nur durch Liebe können wir uns kleinlicher Dinge entschlagen.“

Die Sozialdemokratie, die für Freiheit und Recht kämpft, diskreditirt Deutschland wahrlich nicht in der öffentlichen Meinung. Das thun die Leift, Welsch, Kirchhoff, Hammerstein, Mirbach und Genossen. Der Großherzog von Baden, der als Prinz das „tolle Jahr“ mitdurchlebt und mitempunden hat — die berühmte Scene in der Karlsruhe'ner Kaserne ist ja allbekannt — findet bei seinen Reden gegen die Sozialdemokratie stets sehr lebhaftes Accente. So lebhaft, daß er den Kreuzzug gegen den „inneren Feind“ dem Widerstande gegen „die Feinde außerhalb“ voranstellt, ja sie überhaupt ganz außer Betracht läßt. Die „Feinde außerhalb“, diese geschichtliche Erinnerung sei verzeichnet, sind übrigens einmal die Freunde des badischen Fürstenhauses gewesen; die Jähringer verdanken Napoleon I., dessen treue Gefolgsknechte sie als Rheinbundsgenossen waren, einen nicht unerlecklichen Zuwachs an Land, Macht und Rang. Der Breisgau, die Saar und Ortenau, Kleckgau, Thengen sind zuwelen in dem Diademe Badens, und den Titel Großherzog erhielt Markgraf Karl Friedrich, als er am 12. Juli 1806 dem Rheinbunde beitrug. Sein Land wuchs damals um 5500 Geviertkilometer und 380.000 Seelen. Derweil ist viel Wasser den Rheinstrom herabgeflossen, nach 1848/49 kam 1866, das Jahr, in dem Baden an Oesterreichs Seite „focht“, und dann 1870/71. Wenn aber der Großherzog von Baden die Liebe preist, so fragen wir: Ist das Sozialistengesetz mit seinen Ausweisungen und Verböten, ist die Umsturzvorlage, ist die Zoll- und Steuergesetzgebung, die Unterdrückung des Koalitionsrechtes, ist der Militarismus mit seinen Duellen und Soldatenmißhandlungen ein Liebeswerk? Heute tönt der Mahnruf: Patrioten aller Länder vereiniget euch zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie! Wir können es aushalten.

Handelsgesetzbuch. Gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird am 1. Januar 1900 auch ein neues Handelsgesetzbuch in Kraft treten. Freilich, eine solche Umwälzung, wie das allgemeine bürgerliche Recht, wird das besondere Recht der Handelswelt nicht erleiden. Nur einzelne Gebiete werden neu geordnet werden. Der im Reichsjustizamt ausgearbeitete Entwurf ist im Verlage von Guttentag u. Co. soeben erschienen. Von den fünf Büchern, in die das jetzige Handelsgesetzbuch zerfällt, ist das dritte, das von der stillen und der Gelegenheits-Gesellschaft handelt, mit dem zweiten, das die Handels-Gesellschaften behandelt, zusammengezogen worden. Das letzte Buch, das vom Seerecht handelt, ist überhaupt nicht neu bearbeitet worden. Im ersten Buch, das vom Handelsstande handelt, sind die Rechtsverhältnisse der Agenten und die der Privatmakler geregelt worden. In das dritte Buch (Handelsgeschäfte) sind Bestimmungen über

die Lagerhäuser aufgenommen worden. Die Zahl der Paragrafen hat sich nur um 15 vermehrt.

Der Reichstagsabgeordnete Graf Mirbach ließ dieser Tage in der „Kreuz-Ztg.“ eine sogenannte „Erklärung“ los, die ellenlang ist, aber wenig Gehalt besitzt. Nachdem Graf Mirbach ein Langes und Breites erzählt hat — u. A., daß er kein Säuer sei, daß die Landwirtschaft Noth leide und daß selbst Bimetallisten bei Aufnahme von Hypothekenschulden die Rückzahlung in Gold anbieten (sie wissen wohl auch, warum!) —, versichert er, daß er seine letzten Hypothekengeschäfte „erledigt“ habe. Von einem gewissen Interesse ist hierbei folgendes Stüchlein Gräfflich Mirbach'scher Selbstbiographie:

„Ich habe während der 30 Jahre, während der ich meinen Grundbesitz verwalte, denselben um nahezu 8000 Morgen vergrößert (nicht aus bäuerlichem Besitz, sondern aus Gütern und zwar ganz überwiegend aus Wald). Ich hoffe, wenn ich nicht, wie in den letzten Jahren wiederholt, durch Missethäter betroffen werde, damit — soweit es sich um Wald handelt — fortzufahren.“

Alle Achtung vor dieser Art von Noth der Landwirtschaft. Wenn Einer der am meisten Beklagenden, wie Graf Mirbach, das Bedürfnis empfindet, trotz der schlechten Lage der Landwirtschaft fort und fort seinen Besitz zu vergrößern und wenn er in drei Jahrzehnten 8000 Morgen hinzuzufügen kann — ei, dann geht's ja noch! Die „geflickten Strohdächer“ des Grafen Kanitz, die beständigen Unkenrufe über die Verzeihung der Landwirtschaft und dann diese hinzugekauften 8000 Morgen des Grafen Mirbach — das paßt schlecht zusammen!

Ein schädiger Wahlkniff wird gegen die Sozialdemokraten im Halle'schen Wahlkreise versucht. Es werden nämlich von unbekannter Hand massenhaft Stimmzettel verbreitet mit der Aufschrift: „Fritz Kunert, Friedrichshagen bei Berlin.“ Die Zettel rühren von der 1893er Wahl her, und da Kunert seitdem nach Schöneberg verzogen ist, würden diese Zettel unglücklich sein.

Die Rechtskommission des Landtags von Gotha lehnte den auf Erhaltung des Wahlrechts der steuerfreien Wähler gerichteten Antrag Bock ab. (Wir haben den Antrag seiner Zeit ausführlich mitgeteilt.)

Die Freie Vereinigung der Inhaber griechischer Werthpapiere hat an den Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn v. Marschall, eine späßhafte Eingabe gerichtet, worin gebeten wird, „gegen Griechenland die lange geübte Gewohnheit einschöpfen zu lassen und endlich ein deutsches Machtgebot nach deutscher Art zu sprechen“. Kriegsschiffe her und Athen bombardirt, damit das bankrotte Griechenland den deutschen Kapitalisten die Zinsen zahle!

Auf Einführung eines Zollzolls sind dem Reichstage in Folge agrarischer Agitationen eine große Anzahl von Petitionen zugegangen. Die Petitionskommission will diese Petitionen dem Reichskanzler „als Material“ überweisen, obwohl seitens der Regierung noch besonders darauf hingewiesen ist, daß durch die neuen Handelsverträge und die Meistbegünstigungsverhältnisse die Einführung eines Zollzolls ausgeschlossen ist. Gerade die hauptsächlichsten Produktionsländer überseeischer Wolle haben auf die Gewährung der vertragsmäßigen Zollfreiheit Anspruch.

Der Saatenstand im Reich um die Mitte des Juni war nach der Zusammenstellung des kaiserlichen statistischen Amtes, wonach Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering bedeutet, bei Winterweizen 2,4 (im Mai 2,5), Sommerweizen 2,5 (2,6), Winterroggen 2,7 (2,8), Sommerroggen 2,3, Wintergerste 2,4 (2,6), Sommergerste 2,6 (2,4), Sommererbsen 2,5 (2,5), Hafer 2,6 (2,6), Kartoffeln 2,6, Klee 2,9 (2,9), Weizen 2,5 (2,6).

### Oesterreich-Ungarn.

Die Klassenjustiz in Oesterreich kennzeichnet die Wiener „Arbeiterztg.“ sehr scharf durch den Vergleich zweier Prozesse. Sie schreibt:

Am 30. September 1895 stand Genossin Adelheid Popp vor den Geschworenen, angeklagt des Vergehens nach § 305, begangen dadurch, daß sie in einem Zeitungsartikel die Einrichtung der Ehe „herabgewürdigt“ und — so lautete die Anklageschrift — „den freien Geschlechtsverkehr angepriesen oder zu rechtfertigen versucht hat.“ Jener Artikel hatte in scharfen Worten die außereheliche und eheliche Prostitution, die Kaufbarkeit des Weibes gezeigelt. Die zwölf Geschworenen haben die Genossin Popp einstimmig schuldig gesprochen, und mit ein paar Wochen Arrest mußte sie es büßen, den beiden Einrichtungen — der Ehe und der Prostitution — nahegetreten zu sein. Der Staatsanwalt hatte ausdrücklich erklärt, das Gesetz wolle „die heilige Institution der Ehe auch vor theoretischen Mißhandlungen schützen“.

Dieser Tage standen (im Prozeß Tuschl) wieder Angeklagte vor Gericht, keine Sozialdemokraten, ganz im Gegentheil, Stützen der Gesellschaft vom Oberst und Verwaltungsrath abwärts bis zum Bordellwirth und zur Kupplerin. Das waren allerdings keine Theoretiker. Nicht auf „theoretische Mißhandlung“ einer bürgerlichen Einrichtung lautete die Anklage, sondern auf Kauf und Verkauf von unmündigen Kindern. Zarte Kinderleiber wurden befudelt und dem Verderben preisgegeben. Die Geschworenen aber sprachen das ganze Geschlecht frei, die Käufer wie die Verkäufer, weil sie sich bewogen fanden, anzunehmen, sie hätten ihre Opfer für einige Monate älter gehalten, als sie waren, für so alt, daß das Gesetz ihre Befudlung gestattet. Solche Verbrechen begehen, das verzeiht die bürgerliche Gesellschaft, aber wehe dem, der das Verbrechen aufdeckt und züchtigt!

### Frankreich.

Der Minister des Innern hat das Votum von 10000 Franks durch den Pariser Gemeinderath zu Gunsten der ausgesperrten Porzellanarbeiter von Limoges annullirt. Das ist die erste Probe des von Herrn Barthou angekündigten Kampfes gegen den Sozialismus. Eine höchst unglückliche Probe, da die Maßnahme sich gegen ausgehungerte Arbeiter richtet. — Nun, die Sozialisten bleiben dem Ministerium die Antwort nicht schuldig, Fleissières, der Maire von Marseille, erklärte am Freitag dem Präfekten, als dieser die Maires und Municipalräthe des Departements empfing, die sozialistischen Gemeindebehörden würden die Regierung unterstützen, wenn sie das Wohl des Landes, so wie die Sozialisten es wollen, fördere — sie würden die Regierung aber aufs Außerste bekämpfen, wenn sie gegen das Wohl des Landes und gegen den Sozialismus handle. — Das ist deutlich.

Genosse Guesde hat durch seine Enthüllungen über das Treiben vieler Fabrikanten, die bei Ausbeutung der Arbeit gegen die Fabrikgesetze und sogar gegen das Strafgesetz verstoßen, sich eine Reihe wüthender Angriffe zugezogen, die jedoch bloß bereisen, daß die Fiebe gesehen haben. Ein Fabrikant von Roubaix, Motte, hat sogar einen Strafantrag gegen Guesde gestellt, weil dieser erzählte, daß er — Motte von Roubaix — ein Mädchen unter 12 Jahren, welches bald darauf starb, in seiner Fabrik mißbraucht habe. Motte leugnet das niederträchtige Treiben nicht, behauptet aber, das Mädchen sei schon erwachsen gewesen. Guesde hat nun den Tauschein des unglücklichen Opfers dieses Musterkapitalisten der Kammer vorgelegt und damit jeden Zweifel bezüglich des Alters des Mädchens aus dem Weg geräumt. Ob Motte noch auf der Klage besteht? Bei seiner Begeisterung für „Religion, Ordnung und Sitte“ wäre er dessen allerdings fähig.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübeker Volksboten“.)

Berlin, 24. Juni.

113. Sitzung.

Präsident von Buol eröffnet Vormittags um 11 Uhr die Sitzung.

Die zweite Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird fortgesetzt bei dem zurückgestellten § 823, der von der Ersatzpflicht der Beamten bei Amtsverletzungen, die mit Strafen bedroht sind, handelt.

Frohme (SD.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach nicht nur jede oder fahrlässige Verletzung der Amtspflicht einen Regressanspruch begründet, sondern auch der Staat bei Vermögenslosigkeit des Beamten als ersatzpflichtig zu betrachten ist. Redner giebt eine Darstellung der Kommissionsverhandlungen über diesen Paragraphen und weist hin auf die partikularrechtlichen Bestimmungen über die subsidiäre Haftung des Staates, wie sie zum Beispiel in Sachsen-Koburg-Gotha und Meuß a. L. bestehen. Die Sozialdemokraten haben sich für verpflichtet gehalten, diesen Antrag einzubringen wegen der Wichtigkeit der Sache, wiewohl sie von der Aussichtslosigkeit desselben überzeugt seien.

Hausmann (Südd. Vp.) befürwortet einen Antrag, wonach der Richter, der in seiner Amtsführung durch grobe Fahrlässigkeit einen zivilrechtlich verletzlichen Schaden anrichtet, haftbar sein soll.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, die Vorlage stelle den Beamten nicht schlechter oder besser als jeden Bürger. Wollte man weiter gehen, so schaffe man ein privilegium odiosum. Der Antrag Hausmann werde zu einer Erschütterung der Autorität des Richters führen. Die materielle Lage der unteren Beamten werde durch den sozialdemokratischen Antrag erheblich verschlechtert, die Unabhängigkeit der Richter werde erschüttert werden; sie würden nicht mehr so unbefangene urtheilen. — Was die Haftung des Staates betrifft, so werde die Haftung des Staates in der neuen Grundbuchordnung statuiert werden. Die weitere Ausdehnung dieses Grundgesetzes werde zu unerträglichen Härten führen, z. B. bei den Verleihen der Notare. Wenn der Staat unter Umständen für Versehen dieser Urkundspersonen eintreten sollte, so würde das ein ganz unhaltbarer Zustand sein. Redner bittet um Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge.

Lenzmann (FVp.) sieht prinzipiell auf dem Boden des Antrags Hausmann. Bezüglich der Regresspflicht tritt er der Regierungsvorlage bei und bittet, die sozialdemokratischen Anträge in dieser Beziehung abzulehnen. Durch den Antrag Luer würden die kleineren Beamten ganz erheblich schlechter gestellt werden als jetzt.

Stadthagen (SD.): Der Vorredner stellt den Beamten ein großes Armutsgewand an. Der Kutscher, der Straßenfeger, der Schneider, der Schuhmacher, müssen Alle für ihre Arbeit aufkommen, und der Beamte, der zur Ueberwachung der Geseze da ist, soll das nicht thun? Ist die Unfähigkeit der Beamten so groß, daß man darauf Rücksicht nehmen muß, so wird das Bürgerthum darunter leiden. Sind denn die Bürger für die Beamten da, oder ist es umgekehrt? Die prinzipielle Haftung des Staates mag zweifelhaft sein; über die subsidiäre Haftung kann kein Zweifel sein. Diese Bestimmung ist ja auch erst in der zweiten Lesung der Kommission aus dem Entwurf entfernt worden. In Bezug auf die Haftung der Beamten schafft die Vorlage ein neues Recht, das mit den bestehenden Zuständen nicht vereinbar ist. Jeder Staatsdiener muß für seine Leistung verantwortlich sein. Die Verantwortlichkeit der Beamten wirkt sogar erzieherisch. Schützen Sie den Bürger und geben Sie ihm das Gefühl der Sicherheit. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

Gröber (Z) erklärt, daß er für den sozialdemokratischen Eventualantrag stimmen werde, daß er sich aber den Gründen des Abg. Stadthagen nicht anschließen könne.

Dr. von Bennigsen (N.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Hausmann und des Staatssekretärs Nieberding wird die Debatte geschlossen.

Der Paragraph wird mit dem sozialdemokratischen Eventualantrag unter Ablehnung der übrigen Anträge angenommen.

Damit ist das dritte Buch erledigt.

Das vierte Buch enthält das Familienrecht. Der erste Abschnitt betrifft die Ehe. Dieser Theil ist in der Kommission auf Veranlassung des Zentrums überhrieben worden: „Bürgerliche Ehe“. An der Zivilische ist nicht getastet worden, nur ist die Regierungsvorlage dahin geändert, daß der Standesbeamte zu erklären hat, daß die Verlobten kraft dieses Gesetzes rechtmäßig verbundene Eheleute seien.

Die konservativen Abgg. Graf Roon und Schall beantragen prinzipieller die fakultative Zivilehe einzugehen, eventualiter die §§ 1180—1330 zu streichen.

Vor Eintritt in die Diskussion über das 4. Buch erklärt

Dr. Lieber (Z): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde eine Erklärung abzugeben, die sich nicht bloß auf die Ueberschrift, sondern auf den ganzen Titel bezieht. Bei Verathung der Zivilprozessordnung erklärte im Namen unserer Partei der Abg. Dr. Windthorst, die Mitglieder des Zentrums, soweit sie dem katholischen Bekenntnisse angehörten, hätten sich entschieden gegen Einführung des Rechtsgefährits, das man in der Regel „Zivilehe“ nenne, erklären müssen. Sie gaben ihren Widerspruch gegen besagtes Rechtsgefährit auch jetzt nicht auf und hielten nach wie vor dessen Einführung für eine schwere Schädigung kirchlicher Interessen. Seitdem sind 20 Jahre verfloßen. Heute wie damals halten die katholischen Zentrumsmitglieder daran fest, daß die Gesetzgebung über die Ehe an und für sich, abgesehen von ihren Wirkungen auf rein bürgerlichem Gebiete, der Kirche gebührt, weil die Ehe nach dem katholischen Glauben ein Sakrament und als solches jeder staatlichen Zuständigkeit entzogen ist. Wir bedauern nun, daß es nicht gelungen ist, noch irgend welche Aussicht auf Besseres bietet, den von unseren Vertretern in der Kommission gestellten Antrag auf Anerkennung des kirchlichen Ehegesetzes, wenigstens für kirchentreue Eheleute, zur Annahme zu bringen. So können wir auch einem Antrage auf Einführung einer fakultativen Zivilehe nicht zustimmen, der an die Stelle solcher einfachen Anerkennung des kirchlichen Ehegesetzes staatliche Vorschriften über die Form der kirchlichen Eheschließung setzen will. Unsere Stellungnahme zum Gesamtwerke wird von den Ergebnissen der weiteren Verathung abhängen, und wir werden uns hierüber zur Schlußabstimmung äußern. (Beifall im Zentrum.)

Es folgt die Verathung des 4. Buches (Familienrecht), §§ 1280 bis 1397. Es zerfällt in drei Abschnitte: Ehe, Verwandtschaft, Vormundschaft. Der erste Abschnitt „Ehe“ umfaßt die §§ 1280 bis 1366. Die Kommission hat in der Ueberschrift gesagt „Bürgerliche Ehe“ statt „Ehe“.

Graf Roon (N.) erklärt, das Kompromiß sei geschlossen, da gegen sie nichts zu machen. (Heiterkeit.) Aber Kompromisse kompromittiren gewöhnlich das parlamentarische Leben. (Große Heiterkeit.) Das Kartell sei einem glücklichen Ehepaar zu vergleichen. (Heiterkeit.) Das junge Paar befinde sich auf der Hochzeitsreise, und es gehe vorwärts über Stock und Stein. (Heiterkeit.) Beide trägen dieselben schillernden Gewänder, deshalb wisse man nicht, wer der Gatte und wer die Frau sei. Gesehen seien dem jungen Ehepaar ein paar Hasen über den Weg gelaufen, aber das Hinderniß sei überwunden und die Karre gehe weiter. (Gelächter.) Bei dem konservativen Antrag handle es sich um eine Frage der Gewissensfreiheit. Die obligatorische Zivilehe ruhe auf revolutionärer Grundlage. Der Antrag bezwecke nicht die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe, sondern deren Verbesserung. Würden die betreffenden Paragraphen gestrichen, so könne man die Zivilehegesetzgebung neu regeln.

Staatssekretär Nieberding wendet sich gegen den Antrag Roon, da man keine Konflikte mit der katholischen Kirche und zwischen Geistlichen und Standesbeamten hervorrufen wolle. Würde der Antrag angenommen, so wäre die Errichtung von zwei Standesregistern notwendig, eines geistlichen und eines weltlichen, was zu großen Unzutraglichkeiten führen würde.

Graf Bernstorff (N.) erklärt sich für den Antrag, Schall-Roon; die Mehrheit des Volkes sei für die Abschaffung der Zivilehe.

Bebel (SD.) kritisiert die historischen Ausführungen des Grafen Roon über die Eheschließung bei den Deutschen und den christlichen Völkern insbesonders und weist deren Unzulänglichkeit nach. Es steht fest, daß nach altgermanischen und reformatorischen Anschauungen die Eheschließung ein rein bürgerlicher Akt ist. Das läßt sich auch aus Luther's Schriften nachweisen. Dieser selbst hat die Doppelpetche des Landgrafen Philipp von Hessen zugegeben und das heilige Konfessionarium hat ihm darin beigegeben, vorausgesetzt, daß davon nichts in die Oeffentlichkeit käme. Luther selbst hat später in einem Briefe um Geheimhaltung erbeten, weil sonst die groben Bauern auch eine zweite Frau haben wollten. (Heiterkeit.) Auch nach dem 30jährigen Kriege hat man z. B. in Nürnberg von Obrigkeit's Wegen die Ehe rein materialistisch aufgestellt, wie sich aus verschiedenen Edikten ergibt, worin den Bürgern gestattet wurde, zwei Frauen zu nehmen. Die Herren von der Rechten kämpften völlig ansichtslos gegen Windmühlen, wenn sie sich jetzt gegen das Kartell entziehen. Sie vergessen, daß sie schon oft mit allen möglichen Parteien Kartelle abgeschlossen haben, wenn es sich um Liebesgaben handelte. Sie würden auch mit der Sozialdemokratie ein solches eingegangen sein, wenn diese dem Antrag Kanitz, der ja einen sozialistischen Kern enthalten soll, zugestimmt hätten. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Schall (N.) schließt aus der Zustimmung der Sozialdemokraten zu den fraglichen Bestimmungen, daß sie nichts taugen. (Gelächter.) Ein einfacher Bauer habe gesagt: Schaffen Sie doch den Unsim der standesamtlichen Trauung ab, und eine Bauersfrau habe gemeint: Wer die standesamtliche Trauung erdacht hat, hat nichts Gutes gemacht. (Stürmische Heiterkeit, Zuruf: Fürst Bismarck!) Bismarck selber habe das Gesetz nicht bedrückt, in seinem Herzen sei es nicht geboren. (Widerpruch.) Er wäre zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt gewesen. Einzelne Geistliche kämen dem Staate so weit entgegen, daß sie die Braut vor dem Altar mit „Frau“ anreden. Wenn Redner das thun wollte, würde ihm die Braut die Augen ausstrahlen. Er spreche aus Erfahrung. (Große Heiterkeit.) Eine Braut, die in Berlin vom Prediger mit „Frau“ angeredet wurde, habe geweint und sei nach Hause gegangen. (Heiterkeit.) Das Haus kann sich vielleicht nicht in ein so warmes jungfräuliches Gemüth hineinsehen. (Stürmische Heiterkeit.) Das sich nicht beschimpfen lassen mag, Redner polemisiert gegen Bebel. Philipp von Hessen habe eine kranke Frau gehabt und sei eine stark stümliche Natur gewesen. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, ich kann doch nicht dafür. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) Wer ein Weib ansieht, ihrer zu begehren, der hat schon die Ehe gebrochen. Unser Vertreter in der Kommission war ein Jurist. Juristen sind eben schlechte Christen. (Große Heiterkeit.) Wir werden in dritter Lesung einen Antrag einbringen, wonach die Rechtsgültigkeit der Ehe mit der standesamtlichen Trauung beginnen soll.

Präsident Frhr. v. Buol theilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht sei, unterzeichnet von den Abgg. v. Boden berg (Welse), Liebermann von Sonnenberg (Ant.) sowie nicht eigenhändig von einer Anzahl von Parteigenossen dieser Herren und 4 Zentrumshospitalanten, die nicht im Hause anwesend seien.

Es entpinnt sich hierauf eine Geschäftsordnungsdebatte, worin die Legalität der Unterschriftenvollziehung für Andere von dem Abg. Gröber (Z) bezweifelt und von den Antragstellern vertheidigt wird.

Präsident Freiherr von Buol giebt schließlich den Antrag behufs Bevollständigung der Unterschriften den Antragstellern zurück.

v. Kardorff (N.) erklärt sich gegen die Anträge der Konservativen.

Dr. Lieber (Zentrum) vertheidigt die Haltung des Zentrums in der Kommission und spricht seine Bedenken gegen den Antrag Roon aus.

Dr. Kropatschek (N.) erklärt, daß er gegen die Anträge seiner Parteigenossen stimmen werde.

v. Dziewowski-Pomian (Pole) tritt für die konservativen Anträge ein.

v. Buchta (N.) bekennet sich als Anhänger der Zivilehe mit Rücksicht auf die günstigen Erfahrungen in Mecklenburg.

Bebel (SD.): Die Ausführungen des Abg. Schall bezüglich des Landgrafen von Hessen waren durchaus taktlos. Was den Mann erlaubt ist, der eine kranke Frau hat, das darf auch die Frau thun, die einen kranken Mann hat, wenn man sich nach Schalls Meinung richtet. (Große Heiterkeit.) Er hat auch hier wie beim Duell, die Sache nicht vertheidigt, aber beschönigt. Her

Schall bedauert die damalige Stellungnahme Luthers. Ob das jetzt nach 350 Jahren Herr Schall bedauert, ist absolut gleichgültig. (Heiterkeit.) Die Behauptung, ich machte jetzt Herr Schall und seine Freunde für die damalige Haltung Luthers verantwortlich, ist völlig aus der Luft gegriffen und beweist von Neuem, daß Herr Schall total unfähig ist, nur einigermaßen logisch zu denken. Die Konservativen werden heute sagen: Der Himmel bewahre uns vor Herrn Schall; aber auch die evangelische Geistlichkeit hat alle Ursache, den Pastor Schall auf den Knien zu bitten, er möge sein Mandat niederlegen, weil er die evangelische Geistlichkeit und die ganze Kirche sündlich blamirt hat. (Große Heiterkeit.)

Schall (R.): Ueber Herrn Bebel's Art, persönlich zu diskutieren, wundere ich mich nicht, wohl aber über die vielen anderen Herren, die ihm durch ihre Heiterkeit ihre Zustimmung zu erkennen gegeben. Ich habe die Rede des Abgeordneten Bebel hervorgehoben, das ist doch ein Beweis meines logischen Denkens. (Auf: Nein! Heiterkeit.) Meinen Fraktionsgenossen, die auf anderem Standpunkt stehen, habe ich nicht den Vorwurf machen wollen, daß sie auf weniger christlichem Standpunkt stehen.

Nach einer Rede des Grafen v. Ronn, die in der allgemeinen Urnache verloren geht, wird auf Antrag die Diskussion geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Graf Limburg-Stirum und Dr. Lieber. Vor der Abstimmung bringt Präsident von Bülow noch einmal seine Bedenken wegen des Modus bei namentlichen Abstimmungen zum Ausdruck. Er meint, die Unterzeichner eines solchen Antrages müßten auch bei der Abstimmung persönlich anwesend sein.

Es entspinnt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Die Erledigung der Frage wird schließlich der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Präsident von Bülow: Nach diesem Beschlusse bleibt die Frage eine offene, so lange bis sie entschieden ist. Ich werde die Abstimmung vornehmen.

Der Antrag Graf Moon auf Einführung der fakultativen Zivildienste wird mit 196 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag Vormittag 11 Uhr (außerdem steht auf der Tagesordnung die dritte Beratung des Margarinegesetzes).

Schluß 6 Uhr.

## Lübeck und Nachbargebiete.

25. Juni.

Das Gesetz, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern wird im heutigen Amtsblatt veröffentlicht. Die Wahrnehmung der Geschäfte der Aufsichtsbehörde ist dem Polizeiamte übertragen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1897 in Kraft.

**Bürgerausschuß.** Sitzung vom 24. Juni, Vormittags 11 Uhr. Es wurde zunächst festgestellt, daß am 21. Juli d. J. die nachstehenden 15 Mitglieder aus dem Bürgerausschuß auszuscheiden haben: Dr. med. Hochstaetter, H. D. W. Beckelhoff, K. E. Ph. Stolterfoth, G. E. Legtmeyer, E. F. W. Nabe, Dr. jur. Benda, K. F. J. Blümel, J. A. K. Buffon, J. H. Ewers, Konsul Fehling, J. H. G. Just, Konsul Harms, Dr. jur. Briesch, H. F. G. Schwarzkopf, J. S. Wilms. Es wurde beschloffen, zwecks Veranlassung der erforderlichen Ergänzungswahlen dem Vorsitz der Bürgerschaft hiervon Mitteilung zu machen. Sodann theilte der Vorsitzende Dr. Brehmer mit, daß ihm von dem technischen Verein eine Eingabe, betreffend den Entwurf einer neuen Bauordnung für die Stadt Lübeck und deren Vorstädten sowie für Travemünde zugegangen sei. Diese Eingabe wurde der Kommission überwiesen, welche zur Vorprüfung der Senatsvorlagen wegen Erlaß einer solchen Bauordnung eingeleitet worden ist. Hierauf wurde vom Bürgerausschuß dem Senatsantrage, welcher dahin geht, daß die Vorsteherchaft der St. Brigitten-Stiftung ermächtigt werde, 1750 Mark zur Herstellung von Wasserleitungen zu verwenden, die Mitgenehmigung erteilt. Der Antrag auf Nachbewilligung von 2137,37 Mark für Mehrausgaben aus dem Ausgabe-Artikel 23 des Budgets für 1895/96 wurde gleichfalls genehmigt. Alsdann ging man zu dem nächsten Punkte der Tagesordnung über. Denselben bildete der Antrag auf Verbesserung der Zuwegung von dem Forstorte Schwerin nach dem zoologischen Garten. Das Finanz-Departement hatte, einer Anregung des Bürgerausschusses entsprechend, Vorschläge zur Ausführung einer solchen Wegeanlage entgegengebracht. Gleichzeitig hat es auf eine von dem St. Gertrud-Verein ausgegangenen Anregung die Herstellung eines neuen Weges über den Medebach nach dem Forstort Schwerin in Aussicht genommen. Die Kosten dieser Wegeanlage nebst der Brücke über den Medebach werden sich auf ungefähr 500 Mark belaufen. Der Bürgerausschuß beschloß, dem Finanzdepartement zu diesem Zweck 500 Mark zu überweisen und nahm zugleich einen von Dr. Brehmer gestellten Antrag an, wonach der Senat ersucht wird, die Fortsetzung des neben der Israelsdorfer Allee an deren Ostseite entlang führenden Weges bis zum Israelsdorfer Wege auszuführen und bewilligte zu diesem Zwecke die Summe bis zu 300 Mark. Zum Schluß wurde noch der Antrag, zu den Kosten der Arbeiterkolonie in Nidlingen für fünf Jahre jährlich 800 Mark zu stellen, angenommen.

**Verlesenes Testament.** In der gestrigen Sitzung des Amtsgerichts, Abth. II, ist das Testament des hier selbst verstorbenen Bäckermeisters F. A. H. Jacobs, vom 14. Juni 1893, verlesen worden.

**Endlich?** Wie die „Fref. Ztg.“ wissen will, wird von der Reichspost in einigen Oberpostdirektionsbezirken versuchsweise eine leichtere Sommeruniform für die Postunterbeamten eingeführt werden und zwar eine blaue Leinenjacke mit Abzeichen. Wofür es erst Versuche bedarf, um diesen alten steifen Pops abzuschneiden? Herr v. Stephan möge doch einfach seine Jünger fragen, was sie von der Sache halten. Wir sind überzeugt, daß nicht einer drunter ist, der sich gegen die Einführung der Sommerkleider ausspricht.

**Verklärung.** Am Freitag, den 26. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, wird der Kapitän C. M. Lidman von der schwedischen Brigg „Arvid“ wegen seiner Reise von

Söderhamn nach Lübeck vor dem hiesigen Amtsgerichte Verklärung ablegen.

**B. Livoli-Theater.** Heute, Donnerstag, gelangt die mit so großem Beifall aufgenommene Operette „Farinelli“ zur nochmaligen Aufführung, worauf wir hiermit hinweisen wollen. Freitag geht „Madame Bonivard“ neu einstudirt in Scene. Besetzt ist der Schwank mit den ersten Kräften des Schauspiel-Ensembles: wie den Herren Martini, Berend, Köhler, Bornstedt, den Damen Freij, Wünger, Helmerich. Am Sonnabend findet zum ersten Mal in dieser Saison eine Kindervorstellung zu ermäßigten Preisen statt. — Nummerirter Platz 50 Pf. — Unnummerirt 30 Pf. Als Vorstellung ist der lustige und lehrreiche: „Verwünschte Prinz“ gewählt und wird das amüsante Stück bei Allen wohl den lebhaftesten Beifall finden.

**Aus der „besten“ der Welten.** In den „Lüb. Nachr.“, der Beilage der „E.-Z.“, findet sich folgendes bemerkenswerthe Eingeladent:

Die Schulferien rücken abermals heran, und da hält Einer dieses für angebracht, die Oberschulbehörde darauf aufmerksam zu machen, daß diese Ferien, die doch den Kindern zur Erholung gegeben sind, von manchen Kindern in anderer Art und Weise verlobt werden, wie es eigentlich der Wunsch der Oberschulbehörde ist. Es handelt sich namentlich um Kinder, die gezwungen sind, ihren Eltern durch Annahme einer Laufjungenstelle mit verdienen zu helfen. Diese Kinder werden zum Theil in den Ferien von ihren Arbeitgebern zu einer ganz bedeutend größeren Arbeitsleistung herangezogen, wie an den Schultagen, dagegen die monatliche Vergütung von 3-5 Mk. bleibt dieselbe. Einleider dieses ist ein Fall bekannt, daß der Inhaber eines hiesigen Geschäfts einen Laufjungen vom Dorfe nahm, dieser Junge hatte eine tägliche Arbeitszeit von 4-5 Stunden und erhielt 5 Mk., aber kein Essen. Zu den 4 Wochen Ferien mußte der Junge Morgens um 8 Uhr antreten, er bekam alsdann von seinen Herren 20-30 Pf. und zur Verteilung einen großen Haufen Empfehlungsbüchlein. Mit diesen mußte er zu Fuß nach Røgenburg, Travemünde, Schönberg und zurück. Jeder anständig denkende Mensch hält so etwas für nicht möglich, wenn man so ein Kind annimmt, was in der Sonnenhitze auf staubiger Landstraße 4 bis 6 Meilen zu Fuß machen soll und 20 Pf. Gehalt hat. Man fragt sich unwillkürlich, ist es ein Wunder, daß diese Kinder schon in frühesten Jugend einen Haß gegen ihren Brodgeber im Herzen tragen? Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß die Oberschulbehörde sich veranlaßt sieht, den Kindern in den Ferien die Annahme von Laufjungenstellen zu verbieten, evtl. dafür Sorge trägt, daß Kinder nicht länger wie 2-3 Stunden täglich beschäftigt werden. Dann werden auch die Kinder des Arbeiterstandes ihrer Ferien froh werden und gestärkt in die Schule zurückkehren.

Einer für Viele diktiert sein; sie verrathen aber doch zugleich auch, daß des betreffenden Schreibers Blick für soziale Uebel und ihre Abhilfe doch noch nicht derartig geschärft sind, wie es zu wünschen wäre. Der gute Mann verlangt nämlich von der Oberschulbehörde, daß sie die Kinderarbeit für die Ferienzeiten verbieten oder doch beschränken soll. Der Schreiber jener Zeilen scheint gar nicht zu wissen, daß nach dem Stande der heutigen sozialen Gesetzgebung weder Schulbehörde noch auch Polizei die Berechtigung hat (leider!), ein derartiges Verbot zu erlassen. Für die Fabriken ist die Kinderarbeit wohl verboten, nicht aber für die Hausindustrie. In dem viel „gerühmten“ Mutterlande der Sozialpolitik Deutschland sind wir bis jetzt noch nicht soweit gekommen. Deshalb wird auch des Spruchsaftartiklers Wunsch solange eben ein „frommer Wunsch“ bleiben, bis einmal ein anderer sozialer Wind in Deutschland weht. Es ist traurig genug und wirft die bedenklichsten Schatten auf die „göttliche“ Weltordnung, daß es solche Zustände giebt, wie sie der Artikelschreiber in den „L. N.“ schildert. Ihre eigenen Sprößlinge schicken diese Ausbeuter womöglich während der Schulferien auf Erholungsreisen oder gar in's Bad. Kinder armer Eltern betrachten sie dagegen während dessen als Sklaven, die man mit der Hungerpeitsche solange treibt, bis daß sie erschlaft sind. Und das in der „besten“ der Welten!

**Einfuhr im Hafen.** Am Montag brachte der Dampfer „Deutschland“ von Rußland einen größeren Transport Eier nach hier. — Desgleichen brachten Mittwoch Morgen der Dampfer „Trave“, Kapitän Weislahn, aus Petersburg 3000 Kisten und der Dampfer „Rußland“, Kapitän Kuppel, aus Riga kommend, gleichfalls eine größere Anzahl Kisten mit Eier nach hier ein.

Der Dampfer „Zar“, welcher auf der Koch'schen Werft erbaut worden ist und kürzlich erst seine Probefahrt abgehalten hat, ist auf seiner ersten Reise von hier nach Kronstadt gestern Vormittag wohlbehalten daselbst angekommen.

Eine neue Ausrüstung scheint sich ein hiesiger Hafenzugel zu haben. Früher war es nur Sitte, daß die Hafenschutzeleute mit einem Stocke bewaffnet waren, später wurde ihnen das Tragen eines Seitengewehres erlaubt. Heute jedoch scheint das einem jener Herrn auch nicht mehr ausreichend zu sein. Man sieht ihn nämlich fast stets in Begleitung eines Hundes („Mack“) sein Revier inspizieren.

Den Wellen entrißen wurde am Dienstag Vormittag unterhalb der Dorotheenstraße ein zugereister Arbeiter Haack, der seinem Leben durch Ertrinken ein Ende zu machen suchte. H. entledigte sich seiner Kleider, warf sie in die Waken und sprang dann selbst nach in der angeblichen Absicht, hier den sicheren Tod zu finden. Von einem hinzugekommenen Schutzmann wurde er jedoch mit Hilfe eines Rahnes dem nassen Elemente entrißen und zur Sicherheit dem Marzstallgefängniß übergeben.

**Eigentumsvergehen.** In einem Vorgarten der Schwartauer Allee wurden in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. Rosen abgeschnitten und gestohlen. Recherchen nach dem Thäter sind aufgenommen.

**Wegen Betrugs und Zerschreierei** ist gegen den früheren Geschäftsführer eines hiesigen Restaurants Untersuchung eingeleitet.

Festgenommen wurde gestern Mittag gegen 1/211 Uhr auf hiesigem Bahnhofe ein Matrose, welcher im Begriffe stand, mit den Kleidern seines Kollegen per Bahn nach Hamburg auszurücken.

**Druckfehler - Berichtigung.** In dem Berichte unseres gestrigen Blattes „Die Fabrikinspektion in Lübeck während des Jahres 1895“ muß es in Absatz 2 Zeile 9 anstatt 3193, 3194 Arbeiter und in der Schluszeile des Berichtes anstatt „in den Wald hinausruft“ „in den Wald ruft“ heißen.

**Rüpeleien.** In voriger Woche fand in Moisling ein Kriegervereinsfest statt. Zu dem Feste hatten sich auch mehrere Lübecker eingefunden, so u. a. der Sohn des Klavierhändlers Hausmann in der Johannisstraße und ein Kommiss der Manufakturwaarenhandlung von Ludwig Wendt; der Letztere soll sogar Reservoffizier sein. In später Stunde verließen diese beiden Lübecker das Kriegervereinsvergnügen und machten sich auf den Weg nach Lübeck. Bevor beide jedoch von Moisling schieden, lehrten sie, obwohl von geistigen Getränken schon voll, nochmals in der Wirthschaft von Seeler ein. Hier forderten sie 2 Glas Bier, die ihnen auch verabreicht wurden. Sie tranken ihr Bier aus, wenn auch nicht ohne jedwede Störung, und wollten das Lokal verlassen, ohne die Fesche zu bezahlen. Als sie deshalb vom Stellvertreter des Wirtshes, dem einen der Gebrüder Seeler, in höflichster Weise an die Bezahlung erinnert wurden, kamen sie dem unbequemen Mahner grob, bewarfen ihn und lehrte Mutter mit den regelhaftesten Schimpfworten. Zuguterletzt wurden sie gar ohne jede äußere Veranlassung handgreiflich — die Folgen des Biergenusses machten sich bemerkbar — und schlug Hausmann jun. dem jungen Seeler mit dem Stock derartig auf den Kopf, daß ein Loch entstand und Seeler sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Noch heutigen Tages ist Seeler nicht wieder hergestellt. Hausmann mochte später doch wohl das Gemeine seines Betragens eingesehen und Neue darüber empfunden haben; denn wenige Tage später stellte er sich bei Seeler wieder ein und wollte diesen veranlassen, den Strafantrag, welchen Seeler inzwischen gestellt hatte, wieder zurückzuziehen, und zwar gegen Hinterlegung von 50 Mk. Schmerzensgeld. Trotz aller angewandten Ueberredungskünste ging Seeler jedoch darauf nicht ein, und so wird sich denn jedenfalls Hausmann jun. wegen seiner Rüpelei vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Aus den Gesprächen, welche Hausmann und sein Begleiter bei ihrer ersten Anwesenheit im Lokale geführt hatten, ging zur Genüge hervor, daß beide übereifrige Parteigänger der Antisemiten sind. Wir wollen nun trotz alledem den Fall nicht parteipolitisch ausschachten, wir wollen nicht die hiesigen Antisemiten für das höchst „undeutsche“ Betragen der beiden, die sich ohne jedwede Veranlassung so rüpelhaft betragen haben, verantwortlich machen. Wir sehen uns nicht veranlaßt, wie es gewisse nationalliberale Zeitungen zu thun pflegen, Rüpeleien von Parteigängern der Partei selbst in die Schuhe zu schieben. Man kann nicht eine ganze Partei für die Rüpelhaftigkeit einzelner Parteigänger verantwortlich machen. Immerhin läßt sich doch nicht ganz bestreiten, daß die Art der antisemitischen Agitation, die Gehahrung der Ahtwardt, Liebermann, der Iskraut und anderer antisemitischer Unkrauter wesentlich verrohend auf die antisemitischen Parteigänger wirkt, und so mögen denn auch Hausmann und sein Begleiter schon zu viel am Antisemitismus genippt, sich aber dabei „den Wagen“ verdorben haben. Zu ihren Leuchten kann die hiesige antisemitische Partei den Hausmann und seinen Begleiter gewiß nicht zählen. — Am Morgen nach jener Prügelei wurde noch im Seeler'schen Garten eine Kiste Cigarren, die aus der Küche ohne Wissen und Wollen der Seeler'schen Familienangehörigen genommen war, aufgefunden. Ob auch dieser „lose Streich“ auf das Konto der beiden „deutschen Heldenjünglinge“ zu setzen ist, wollen wir ganz dahin gestellt sein lassen.

**Oldenburg.** Eine entschiedene Sprache gegen den großherzoglichen Landtagsabschied im oldenburger Land führt von den oldenburger Blättern nur der in Barel erscheinende „Gemeinnützige“. Alle anderen ersterben in tiefster Ehrfurcht vor der zerschmetternden „landesherrlichen Meinungsäußerung“. In einer Replik gegen eine Notiz aus Oldenburg, in welcher die Meinung vertreten war, es handele sich bei dem Beschlusse des Landtages gar nicht um eine Entlassung der Minister (!) jagt der „Gemeinnützige“:

Dieser Auffassung möchten wir entschieden entgegentreten. Der Landtag hat sowohl bei Herrn Minister Flor wie auch am Tage darauf bei Herrn Minister Janßen erklärt, daß beide das Vertrauen des Landtages, letzterer in Eisenbahnjahren, verloren hätten. Eine Volksvertretung aber, die erklärt, mit den beiden Ministern kann ich nicht mehr zusammen arbeiten, sie haben bei der großen Mehrheit der Abgeordneten das Vertrauen verloren, die sagt doch damit klipp und klar: die Minister müssen fort von ihrem Platze. Leben wir in einem wirklich konstitutionellen Staate im oldenburger Lande, wie wir es leider nicht thun, so hätten beide Minister nach solchen Mißtrauensvoten ihre Entlassung dem Großherzoge einreichen müssen. Der Großherzog erklärt in seiner Antwort, er weise die Beschlüsse, die vom Landtage in Form von allgemeinen Mißtrauensvoten gegeben seien, mit Entschiedenheit zurück. Ihm allein stände nach dem Staatsgrundgesetz ausschließlich die Ernennung und Entlassung der Minister zu. Dem Landtage steht aber auch wieder das Recht zu, den beiden Ministern, denen von der großen Mehrheit der Abgeordneten scharfe Mißtrauensvoten zu Theil geworden sind, bei der neuen Budgetbewilligung das Gehalt zu verweigern.

Im September d. J. finden Neuwahlen zum Landtage statt und hoffen wir bestimmt, daß die wackere Opposition im Landtage wieder gewählt und noch vermehrt wird. Es kommt jetzt einzig und allein darauf an, ob der Landtag nunmehr aus seinem allgemeinen Mißtrauen auch die logischen Folgerungen zu ziehen entschlossen ist.

Auch in einem Beitaritel in der Dienstag-Nummer tritt das Blatt der sonderbaren Auffassung des Großherzogs in punkto Mißtrauensvoten des Landtages entgegen.

Es werde in dem Landtagsabschied getadelt, daß die Form der Wähltrauensvoten die Tendenz einer maßgebenden Einflusnahme des Landtages auf die Entscheidungen des Landesherren in Betreff Anstellung und Entlassung von Ministern habe. „Es ist nur zu bedauern, daß das Parlament diesen Einfluß nicht hat, dann wäre manches besser.“ Der zukünftige Landtag werde zeigen müssen, daß er nicht nur zum Geldhewilligen da ist.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin.** Wegen Verdachts des Hochverrats ist, wie gemeldet, der Sattlergeselle Hahnhäuser kurz vor der Einweihung des Kyffhäuserdenkmals in einer Ortschaft am Fuße des Berges verhaftet worden, weil er geäußert haben soll, das „Kyffhäuserdenkmal solle die Einweihung nicht erleben“. Die Behörde scheint in der That einen Attentatsversuch befürchtet zu haben; denn es sind umfassende Vorsichtsmaßregeln bei der Einweihung des Kyffhäuserdenkmals getroffen worden. Wie dem „V. T.“ ein Teilnehmer an der Festlichkeit mittheilt, war nämlich rings um den Berg herum eine dreifache, geschlossene Postenkette von Infanterie gezogen, und auf allen zum Kyffhäuser führenden Wegen hatten in Abständen von ungefähr 100 Metern zwanzig bis dreißig Mann starke Kavallerieabtheilungen Aufstellung erhalten. Wenn man in der letzten Zeit vor der Denkmaleinweihung unvermuthet an eine Höhle oder Schlucht des Berges kam, lugten einem wie Berggnomme daraus Pioniere entgegen; nach dem alten Sig Barbarossas werden sie kaum gesucht haben, viel eher nach etwa gelegten Minen.

**Berlin.** In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Dr. Friedmann, die gestern zur Verhandlung stand, beantragte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängniß und zwei Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

**Berlin.** Wegen Mordes ist der in der Invalidenstraße 147 wohnende, bereits dreimal wegen Ruppelrei bestrafte „Arbeiter“ Gustav Wobser verhaftet worden. Wobser, der mit einer Dirne ein sträfliches Verhältnis unterhielt, lebte mit seiner Ehefrau in Unfrieden und hatte dieselbe sowie seine Kinder in der letzten Zeit schlecht behandelt. Dienstag Morgen kam Wobser zu seiner in der Ackerstraße wohnhaften Schwägerin der Frau S.

und theilte derselben mit, daß ihre Schwester soeben sich den Hals durchgeschnitten habe. Frau Wobser lag im Blute schwimmend mit zwei Schnittwunden am Hals auf der Erde, neben ihr ein blutiges Messer, welches sie nach Angabe ihres Mannes in der Hand gehalten haben soll. Im Lazarus-Krankenhaus wurde an der bewußtlosen Frau auch Kopfverletzungen und ein Rippenbruch festgestellt. Hierdurch erschien die Annahme eines Selbstmordversuches ausgeschlossen. Die Frau Wobser ist Mittwoch früh verstorben, ohne vernommen werden zu können, vor ihrem Tode hat sie auf eine Tafel die Worte geschrieben: „Mann, Weib“. Ein blutbeflecktes Weib, mit welchem die Kopfverletzungen beigebracht sein können, ist am Thatorte vorgefunden worden. Der beschuldigte leugnet jedoch die That.

**Galle a/S.** Gegen unseren Genossen Reichstagskandidaten Kunert soll ein Gendarm wegen einer in Diemitz gehaltenen Rede wegen Majestätsbeleidigung Anzeige erstattet haben. Da es sich um eine Kritik des Königs Friedrich Wilhelm IV. handelt, wird der eifrige Herr mit seiner Anzeige wenig Erfolg haben.

**Nachen.** Die Stadt Nachen hat die Anstalt Mariaberg, besetzt aus dem Metallprozeß, von der Alexianer-Gesellschaft für 850 000 Mk. angekauft.

**Petersburg.** Offiziös wird gemeldet: Nach Angabe der hiesigen Fabrikanten dürfte die Zahl der feiernden Arbeiter 176 000 (?) betragen. In einzelnen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Bei anderen schweben noch Verhandlungen zwischen den Parteien. Man rechnet auf eine baldige, völlige Beilegung der Zwistigkeiten. — Aus diesen Angaben erhellt, welche tiefgehende, gewaltige Bewegung die Industriearbeiterschaft erfaßt hat. Die Kosaken- und Soldatenpolitik kommt gegen solch' eine soziale Erscheinung nicht auf, und der Niefenstreik ist ein Vorbote neuer Fortschritte des russischen Proletariats. — Die zuerst in englischen Blättern aufgetauchte Nachricht von dem Baue einer russischen Eisenbahnlinie von Mern nach Kuscht an die afghanische Grenze war von Petersburg aus ohne weiteres bestätigt worden und jetzt gesteht ein amtliches russisches Blatt mit aller Offenheit zu, daß diese Bahn eine vorzugsweise strategische Bedeutung besitzen werde, daß sie gegen den britischen Einfluß gerichtet sei.

### Briefkasten.

**Udesloe.** Nach unserer Ansicht, die allerdings unmaßgeblich ist, hat weder der Bürgermeister, noch das Landrathsamt ein Recht dazu. Führen Sie schleunigst beim Regierungspräsidenten unter Darlegung des ganzen Sachverhalts Beschwerde. Wir sind der Meinung, daß nur das Gericht eine derartige Anordnung treffen kann. — Da der Knabe erst 9 1/2 Jahr ist, so hat er das für einmündige Alter noch gar nicht erreicht. — Sie haben wieder die Brief-Anfrage an die Expedition gerichtet. Nachgerade könnten Sie doch wissen, daß die Redaktion in diesem Falle die richtige Adresse ist.

### Lübeker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund	24. Juni
Weizen . . . . . 14 Mt. 50 Pf. bis 15 Mt. — Pf.	
Roggen . . . . . 11 „ 50 „ „ 12 „ — „	
Gerste . . . . . 12 „ — „ „ 12 „ 70 „	
Hafer . . . . . 11 „ 50 „ „ 12 „ — „	
Erbsen . . . . . 11 „ — „ „ 12 „ — „	
Gelbe Kicherböhn . . . . . 15 „ — „ „ 16 „ — „	
Grün . . . . . 15 „ — „ „ 16 „ — „	

### Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:  
Gesammelt auf einer Nichtfeier in der Hausstraße . . . . . 6.-  
Mit den in Nr. 144 quittirten . . . . . 1916,1  
Zusammen . . . . . 1922,1  
Friedr. Meyer & Co.

### Streuhaus, Viehwart.

Hamburg 24. Juni.  
Per Schweinehandl' vertel flau.  
Zugeführt wurden 1185 Stüd, davon vom Norden — Stüd  
vom Süden — Stüd. Preise: Verandtschweine schwere 36-38 Mk  
leichte 39-41 Mk., Sauen 27-34 Mk. und Ferkel 38-40 Mk.  
pr. 100 Pfd

### Angelkommene und abgegangene Dampfer u. Erdenfahrzeuge.

Angelkommen:  
Mittwoch, den 24. Juni.  
Nachmittags  
1,05 D. Thor, Madien, von Rastow in 8 Std  
1,10 D. Fehmaru, Schacht, von Neustadt in 1 Std.  
Donnerstag, den 25. Juni.  
Vormittags  
4.— D. Lübeck, Sultman, von Kopenhagen in 12 Std.  
Abgegangen.  
Mittwoch, den 24. Juni.  
Vormittags  
7,20 D. Gauthjod, Nydell, nach Stockholm.  
10,20 D. Gondor, Ohlsen, nach Sonderburg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübeker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.**

Allen denen, die unserer lieben Tochter die letzte Ehre erwiesen und ihren Sorg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Herrn Koch und Herrn Thomjen, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sowie Herrn Pastor Hoyer für seine trostreichen Worte am Sarge sagen wir allen unseren innigsten Dank.  
Witwenshöhe, den 25. Juni 1896.

### H. Stammer u. Frau.

Häuser in jeder Größe, Hypotheken a 3 1/2 bis 5 1/2 % empfiehlt **Heinr. Soroce**, Johannisstr. 12.  
Zu verkaufen ein zweithüriger, gut erhaltener eich. ner Kleiderschrank.  
Näheres Pelzerstraße 13.

Eine gute Blucke abzugeben.  
Klappenstraße 28 a, 1. Etg.

Ein Mantellett, wenig getragen, ist billig zu verkaufen.  
Große Petersgrube 12, 2. Etg.

Zum Volksfeste einige Zelte b. 6 u. 8 m zu vermieten.  
Koll 18, 3. Etg.

Ein älterer Zimmermann sucht Beschäftigung gleichviel welcher Art. Off. unt. Z 24 an d. Exped. d. Bl.

Zum 1. Oktober eine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten. Preis 140 Mk.  
Elswigstraße 23 c.

Gesucht zum 1. Juli eine H. Wohnung im Preise von 90 Mk. für zwei einzelne Leute.  
Angebote unter H 2 an die Exped. d. Bl.

Ein gutes Logis.  
Fischergrube 16, 1. Etage.

Gesucht sofort ein 16-18 jähriges Mädchen, welches außer dem Hause schläft.  
Legibienstraße 17.

### Folckers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25 empfiehlt

gut gearbeitete Sophas von 25 Mark an.

### J. N. Nissen

Breitestraße 21 Fernspr. 403 empfiehlt sein großes Lager in

Steingut-, Porzellan- und Glas-Gebrauchs-Artikeln.

Gute Waaren zu bekannt billigen Preisen.

## Lustfahrten per Dampfer „Pollux“

I. Sonnabend den 27. Juni: Lübeck-Travemünde-Neustadt. Abfahrt Lübeck (Strandfähre) 8 Uhr Morgens. Rückfahrt von Neustadt den 28. Juni 8 Uhr Morgens.  
II. Sonntag den 28. Juni: Lübeck-Travemünde-Lübeck und in Sec. Abfahrt Lübeck (Badergrube) 1.30 Nachm. Rückfahrt von Travemünde 7.30 Abends. In Sec 3.30 und 4.15 Nachm. Fahrpreis: Lübeck-Travemünde einfach 50 Pf., Rückfahrkarte 70 Pf. In Sec 40 Pf. Lübeck-Neustadt einfach 1 Mk., Rückfahrkarte 1,50 Mk. Kinder die Hälfte.

## Die Buchdruckerei

# Friedr. Meyer & Co.

Grosse Altefähre 35/37

empfeilt sich zur

## Anfertigung von Drucksachen

aller Art

in sauberster Ausführung.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten, Große Altefähre 35/37, ist zu beziehen:

## Geschichte des

# Materialismus

und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart

von Friedrich Albert Lange.

Weiland Professor in Zürich und Marburg.

Mit einem biographischen Vorwort und Einleitung mit kritischem Nachtrag von Hermann Cohen, Professor in Marburg.

17 Hefte à 4 Bogen. Preis pro Heft 60 Pfg.

## Matjesheringe

theilweise leicht beschädigt empfiehlt **Heinrich Koop**, Marktvierte 4.

## Sensenstreicher (6 Sorten)

in abgelagerter Waare empfiehlt en gros & en detail **Obertrave 8. Ludw. Hartwig.**

## Die Schweineschlachtere

von **W. Strohfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

Schweinefleisch . . . Pfd. 45 Pf  
Karbonade . . . . . Pfd. 60 Pf  
Fleischn . . . . . Pfd. 45 Pf  
Kopf und Bein . . . Pfd. 15 Pf  
Speck, fett u. mager Pfd. 55 Pf

Nur hiesige Waare.

## Frische Eier

beste große Waare, 7 Stück 30 Pfg., 15 Stück 60 Pfg., etwas kleinere Eier 8 Stück 30 Pfg., geräucherter Landwurst Pfd. 90 Pfg., Eifiter Käse Pfd. 40, 50, 60, 70 Pfg., hies. Speck Pfd. 60 Pf., empfiehlt **J. F. D. Götke**, Hützstraße 26.

Leder in Häuten u. Sohlenauschnitt sowie Schuhmacher-Artikel sehr billig.  
Mengstr. 5. **C. Kahns**, Lederhandlung.

## Puddingpulver

mit verschiedenem Geschmack, à Pack 10 Pfg. empfiehlt **J. H. Graefe**, Dornstraße 5.

## Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft Fischergrube 52

empfeilt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

Freitag den 26. Juni, Mittags 12 Uhr in der Börse, soll auf Antrag des nach Traudbaal ausgewanderten Eigenthümers das Haus Fleischhauerstraße Nr. 80 öffentlich meistbietend versteigert werden. Dasselbe, sich zur Anlage jeden Labengeschäfts eignend, enthält 4 Wohnungen und Werkstätte, welche zu 870 Mk. vermietet sind. Brandkasse 16 150 Mk. Einzahlung nur 12 800 Mk. Freihändiger Verkauf vorher nicht ausgeschlossen.

Willh. Hellmann, beid. Auctionator für Grundstücke.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

## Versammlung

am Freitag den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **F. Leeke**, Leberstraße 3. Die Lokalverwaltung.

## Tivoli-Theater

Freitag den 26. Juni: Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

## Madame Bonivard

Schwanz in 3 Akten von A. Biffon u. A. Macé. Deutsch von E. Neumann.

## Der große Preis von Paris.

Herr Felix Faure fängt an, die Rückseite der Medaille kennen zu lernen. Bis zum Sturz des Ministeriums Bourgeois war er der Mann seines Namens: er war Felix, das heißt der glückliche Mann par excellence. Alles lächelte ihm — wenn er spazieren oder auf Reisen ging, umdrängte und begrüßte ihn die Menge mit sehr freundlichen Zurufen. Das hat sich jetzt vollständig geändert.

Jetzt mag er kommen, wohin er will, so schreibt Gallus dem „Vorwärts“ aus Paris, das Volk verhält sich schweigend. Und das Schweigen des Volkes ist nicht nur die Lehre der Könige, sondern auch der Präsidenten. Sonntag, den 14. Juni besuchte er den Rennplatz, wo Tausende von Parisern sich zusammenpferchten, um die Pferde, diese lebendigen Spielarten, rennen zu sehen. Niemand bemerkte ihn, nicht ein einziges Bivak! begrüßte die vierpännige Prachtkarosse, welche dieser angebliche Gerbergeselle, der in Wirklichkeit ein gewöhnlicher und sehr wenig skrupulöser Großhändler ist, hat den Wagenzug des Kaiserreichs wieder eingeführt, den selbst Mar-Mahon und der Millionenproy Cassimir Perrier nicht wieder einzuführen gewagt hätten. Er ist dafür belohnt worden. Das Publikum rief nicht: Vive Faure — es begrüßte mit dem enthusiastischen Ruf: Vive Montjarret! den goldbetreuten Vorreiter der Prachtkarosse, der Montjarret heißt. Und man sagt, ein noch unangenehmer Empfang sei Herrn Felix Faure zugebracht gewesen, jedoch durch die Polizei, welche die Urheber bestach, noch glücklich verhindert worden.

Die Antisemiten, die Werkzeuge der Jesuiten, haben einen Feldzug gegen Faure kurz nach dessen Wahl zum Präsidenten eröffnet: Sie haben seine Vergangenheit durchstöbert und entdeckt, daß sein Vermögen von der Heirat mit der Tochter eines Bankrotteurs stammt, und daß Faure, obgleich er sich durch die schmutzigsten Spekulationen bereichert habe und jährlich eine halbe Million verschwende, um den vornehmen Bourgeois zu spielen, trotzdem niemals daran gedacht hat, das Unglück, das sein Schwiegervater angerichtet habe, wieder gut zu machen, was ihm höchstens ein- bis zweihunderttausend Franken gekostet hätte. Im Gegentheil habe er seinen politischen Einfluß dahin geltend gemacht, die von seinem Schwiegervater ausgeraubten Opfer einzuschüchtern, wenn sie es einmal wagten, sich um Unterstützung an ihn zu wenden. Man hatte zuerst geglaubt, diese ehrenrührigen Familien-Erinnerungen seien von den Jesuiten nur darum verbreitet worden, um Faure zur Entlassung des radikalen Ministeriums, das ihr Mißfallen erregt hatte, zu zwingen.

Doch die Jesuiten setzen ihren unterirdischen und unpersonlichen Krieg noch nach dem Sturze des Ministeriums Bourgeois fort. Sie organisiren Manifestationen, damit Faure mit dem Rufe: Bezahl deine Schulden! begrüßt werde. Ein Fabrikant hat ein kleines Spielzeug erfunden, das diesen Ruf ausstößt; er hatte 10 000 Stück für den Rennplatz fabrizirt. Die Polizei mußte sie ihm für 30 000 Franken abkaufen, so

erzählt man sich. Das ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Felix Faure wird dem furchtbaren Spielzeug nicht entgehen: denn derartiges Spielzeug ist in Frankreich gefährlicher als Dynamitbomben.

Der Plan der Jesuiten ist machiavellistisch berechnet: Nicht gegen Bourgeois waren ihre Angriffe, und Faure ist ihnen ganz gleichgültig; die Republik wollen sie treffen. Sie wollen Faure zur Abdankung zwingen, und leicht möglich, daß sie ihr Ziel erreichen. Gegen seinen Nachfolger werden sie denselben Krieg eröffnen, um die republikanische Regierung durch den häufigen Wechsel an ihrer Spitze zu diskreditiren und aus dem Geleise zu bringen. Dies ist ein gefährliches Spiel. Es wird nicht nur den Jesuiten, sondern noch mehr der kapitalistischen Gesellschaft theuer zu stehen kommen; denn die Sozialisten sind die einzigen, welche berufen sind, aus dieser Gleichgewichtstörung der politischen Gewalten und Mächte persönlichen Nutzen zu ziehen.

Die Jesuiten und ihre Strohmänner, die Antisemiten, haben bisher nur die Feindseligkeit der Rennplatzbesucher gegen Faure aufstacheln können.

Faure war thöricht genug, das radikale Ministerium, das ihn mit seiner Volkstheulichkeit deckte, zu opfern. Faure entschied sich zur Entlassung des Ministeriums Bourgeois nach der ersten Kundgebung der „Ritter vom Pferdeweiß“, die ihn auf dem Rennplatz von Auteuil mit eisigem Schweigen empfangen hatten; er hoffte durch Aufopferung des radikalen Ministeriums ihr Wohlwollen zu erlangen.

Er hat sich getäuscht, und jetzt eben haben sie ihrem Dant für seine Unterwürfigkeit durch den Ruf: Hoch Montjarret! Ausdruck gegeben. Der Präsident der Bourgeois-Republik steht ihnen tiefer, als sein allergeringster Lakai.

Die Zeitungen, welche das Ministerium Bourgeois unterstützten, spotteten über jene erste Kundgebung auf dem Rennplatz. Sie mußten aber bald anerkennen, daß die Kundgebung den beabsichtigten Erfolg gehabt hatte; sie hatten den Einfluß des Rennplatzes unterschätzt, der in der kapitalistischen Gesellschaft eine ganz bedeutende Rolle spielt.

Der Rennplatz ist ein Lieblingsaufenthalt aller Spitzen der Gesellschaft. Dort begegnen sich die letzten Aristokraten und die neugebackenen Finanzgrößen; dort vergessen sie ihre Standesvorurtheile und Eifersüchteleien; machen Brüderschaft und wetten und wettern mit einander.

In den Turnieren der Ritterzeit entfalteten die Feudalbarone ihren Muth und ihre Kraft — auf dem Rennplatz entfalten die Barone des Kapitals ihren brutalen Reichtum. Der Besitz eines Rennstalles ist ein Adelsbrief für die Herren des Kapitalismus. Jockeys mit ihrer Farbe rennen zu lassen, ist der höchste Ehrgeiz der Millionäre und derer, die es werden oder wenigstens sein wollen.

Um zu ermöglichen, daß diesem Ehrgeiz gefröhnt wird, haben spekulative Unternehmer Rennställe für solche errichtet, welche die Millionen noch nicht ergattert haben — für den Unterhalt eines Pferdes erhält der Spekulant

50 Fr. die Woche, und der Preis, den das Pferd etwa einträgt, wird getheilt. Dank diesen Theilhaberstellen können die werdenden Millionäre sich den Luxus von Rennpferden erlauben und Rennpferde mit ihren Farben laufen lassen.

Diese Barone des Kapitals blühen inmitten der Dirnen — die Dirnen sind ihnen für ihre soziale Stellung ebenso unentbehrlich, wie die Rennpferde. Aber die Dirnen dieser feinen Gesellschaft sind noch kostspieliger als die Rennpferde. Und so kommt es, daß auch die vornehme Dirne getheiltes Eigenthum ist, ebenso wie der Rennstall des Spekulanten. Jede der feineren Kokotten hat mehrere Eigenthümer — und die verschiedenen Theilhaber müssen sich unter einander verständigen; und die Tage sind genau festgesetzt, an denen sie diesem oder jenem der Geschäftstheilhaber ausschließlich gehören.

Die schöne Welt der Rennpferde, Dirnen und Finanzbarone hat eine ganze Bevölkerung von Spießhunden, Schwindlern und „Buchmachern“ erzeugt, die von den Wettrennen leben und sich der Wettrennen bedienen, um die u widerstehlich vom Rennplatz angezogenen Bourgeois auszuplündern. Kaufleute, die ihre Wechsel nicht zahlen können, tragen die letzten hundert Franken aus der Baretasse zusammen und setzen auf ein Pferd, das die Zeitung, aus der sie ihre politischen Ansichten schöpfen, in dem Sport Theil als den künftigen Gewinner bezeichnet. Man hat die Spielhöhlen geschlossen und man hat die Rennplätze geöffnet, die nichts sind als ungeheure Spielhöhlen.

Mehr als das: der Rennplatz ist eine soziale Einrichtung geworden, von der Tausende leben, und er ist von allen Regierungen anerkannt, welche den Siegern Preise gewähren. Um sich ein philanthropisches Ansehen zu geben, haben unsere Bourgeois-Republikaner auf volle Weiten eine Steuer von 7 Prozent gelegt, deren Ertrag den Hospitälern und anderen wohltätigen Anstalten zufließt, zu welcher letzteren auch die Kasse des Reptilienfonds gehört.

Die Regierungen haben sich nur der Nothwendigkeit gefügt. Alles ist Spiel in der kapitalistischen Gesellschaft: die Industrie sowohl wie der Handel und die Finanz. Die Börse und der Rennplatz sind die zwei Schaubühnen, in denen sich das Wesen des Kapitalismus am zynischsten und am ehrlichstern enthüllt.

Durch die Hauffe und Baisse — das Hin- und Hinuntertreiben der Werthe — ist die Börse oft eine ausschlaggebende Macht in dem öffentlichen Leben, auch der Rennplatz erhebt den Anspruch, ein politischer Regulator, ein bestimmender Faktor im Staatsleben zu sein, und das ist es, was diesen beiden Kundgebungen gegen Felix Faure Wichtigkeit verleiht.

## Soziales und Partei-Leben.

Russische Anklänge. Die in Braunschweig erst polizeilich und dann gerichtlich konfiszirte Maifestnummer vom Jahre 1895, welche später gerichtlich wieder freigegeben wurde, gelangte dieser Tage an die Expedition des „Volksfreund“ zurück. Das Gericht hatte aber, wie dieses Blatt mittheilt, zugleich entschieden, daß der auf

## Der verunglückte Heirathsantrag.

Von Charles Dickens.  
(Londoner Skizzen.)

(5. Fortsetzung.)

„Was hat Sie denn aber bewegen können,“ fuhr sie mit mädchenhaft abgewendetem Gesichte fort, „ein solches Gespräch zu beginnen? Was ist Ihre Absicht? Was wollen Sie von mir, Mr. Tottle?“

Jetzt war es Zeit! Er fiel bums auf die Knie vor ihr nieder, wobei ihm das Uhrband zerriß und zwei Knöpfe zersprangen, und erwiderte begeistert: „Erlauben Sie mir, Ihr Diener, Ihr Sklave zu sein — machen Sie mich ohne Zurückhaltung zum Vertrauten Ihrer Neigung! O, daß ich beitragen könnte, Ihr Lebensglück zu erhöhen — daß Sie die Gattin eines wackeren und liebevollen Ehegemahls würden!“

„O, Sie edler, uneigennütziger Mann!“ rief Miß Billeton, ihr Antlitz in einem weißen Taschentuche mit einem durchbrochenen Saume verbergend, aus.

Mr. Watkins Tottle meinte, daß die Dame, wenn sie seine Uneigennützigkeit genauer kennen lernte, wahrscheinlich ihre Meinung in Betreff derselben ändern würde. Er hob die Spitze ihres Mittelfingers sehr förmlich an seinen Mund, stand mit möglichster Grazie wieder auf, und fragte mit bebender Stimme:

„Es hat also seine Wichtigkeit mit der mir gewordenen Kunde?“

Miß Billeton bejahte, und Watkins hob die Hände empor, und blickte hinauf nach dem Lampenbaken im Mittelpunkt der Decke des Zimmers, um dadurch seine Seligkeit auszudrücken.

„Wir befinden uns in einer sehr eigenthümlichen und delicaten Situation, Mr. Tottle,“ begann die Dame wieder, durch den Saum ihres Tuches blickend.

„Ja, ja,“ seufzte der unglückliche Liebhaber.

„Unsere Bekanntschaft ist erst von sehr kurzer Dauer.“

„Von der Dauer nur einer einzigen Woche.“

„Erlauben Sie, älter!“

„Was Sie sagen!“

„Älter als vier Wochen — als zwei Monate!“

„Das ist doch wunderbar,“ dachte Watkins, entsann sich aber sogleich der Aeußerung Parsons, daß sie ihn schon seit längerer Zeit durch den Ruf gekannt habe, und sagte:

„Ich verstehe, theure Miß; und je älter die Bekanntschaft ist, desto weniger Grund ist jetzt zum Aufschub vorhanden. Warum wollen Sie nicht heute noch einen Tag festsetzen, das Glück Ihres ergebensten Bewunderers zu besiegeln?“

„Dasselbe ist mir bereits wiederholt vorgestellt worden,“ erwiderte die Dame; „doch — bedenken Sie mein Jartgefühl, Mr. Tottle — entschuldigen Sie — ich hege meine besonderen Meinungen über solche Dinge — und — ich bin überzeugt, daß ich nie die Kraft zu dem Entschlusse sammeln werde, den Tag der Verbindung mit meinem künftigen — künftigen Gemahl zu bestimmen.“

„Dann erlauben Sie es mir, ihn zu bestimmen,“ sagte Tottle eifrig.

„Ich möchte es gern selbst thun,“ entgegnete Miß Billeton verschämt, „kann es aber nicht, ohne meine Absicht sofort einer dritten Person zu enthüllen.“

„Einer dritten Person?“ dachte Watkins. Zum Geier, wer kann denn die sein?“

„Mr. Tottle,“ fuhr Miß Billeton fort, „Sie haben mir ein höchst uneigennütziges und gütiges Anerbieten gemacht; — ich nehme es an. Darf ich Sie bitten, Mr. — Mr. Timson ein Billet von mir zuzustellen?“

„Mr. Timson!“ rief Watkins.

„Nach dem, was zwischen uns vorgegangen ist,“ fuhr Miß Billeton noch immer mit abgewendetem Antlitz fort,

„müssen Sie errathen, wen ich meine; Mr. Timson, den — den Pfarrer.“

„Mr. Timson, den Pfarrer!“ rief Watkins außer sich vor Entzücken und vor unfäglicher Verwunderung über den raschen Erfolg seines Antrags. „Augenblicklich, Sie Gute — ich eile, ich fliege!“

„Ich will das Billet sogleich schreiben,“ sagte die Gute nach der Thür gehend, „und werde es Ihnen herunterschicken, denn ich bin so erregt, daß ich heute Abend nicht wieder unten erscheinen kann.“

„O, verweilen Sie noch,“ rief Tottle, sich fortwährend in höchst ehrerbietiger Entfernung haltend; „wann werden wir uns wiedersehen?“

„Ach, Mr. Tottle,“ entgegnete Miß Billeton kokettirend, „wenn wir erst verheirathet sind, so werde ich Sie nicht zu oft sehen, Ihnen nicht zu oft danken können.“

Sie ging, und Watkins warf sich in einen Sessel und überließ sich den seligsten Träumen eines nahen Glücks, in welchen der Dame jährliche fünfhundert Pfund fortwährend die Hauptrolle spielten. Er hatte die Sache so trefflich und sieghaft durchgeführt, daß es ihm fast anfang leid zu thun, nicht sogleich stipulirt zu haben, daß seine Zukünftige ihr Vermögen am Hochzeitstage ihm übertragen müßte.

„Darf ich kommen?“ fragte Parsons, in das Zimmer hereinschauend.

„In des Himmels Namen!“

„Haben Sie Ihren Antrag vom Munde gegeben?“

„Pf! ich gehe zum Pfarrer.“

„Was Sie sagen! Sie haben Ihre Sache vortrefflich gemacht.“

„Wo wohnt Timson?“

„Bei seinem Onkel, nur ein paar hundert Schritt von hier. Er hofft auf eine Pfarre, und hat den alten Herrn

## Aus Nah und Fern.

der zweiten Seite befindliche Artikel durch Ueberdrucken mit schwarzer Farbe unleserlich gemacht werden sollte. Die Mainnummer wird jetzt in Braun-schwarz mit einem dreiviertel Seite bedeckenden schwarzen Ueberzug flott verkauft.

**Gera.** 9 Monat Gefängnis erhielt von der Straf-kammer Genosse Leven, Redakteur der „Neu. Kritik“, wegen Beleidigung der Leichenfrau Vohse und des Friedhofswärters Friede. Die Verurteilung be-gründet sich auf einen Artikel, worin behauptet war, die beiden obengenannten Personen hätten die Leiche eines jungen Mädchens, die dem Krematorium in Gotha zur Verbrennung überwiesen war, ihres Schmuckes beraubt. Die Angaben des Artikels stützten sich auf einen Brief, den die Schwester des Friedhofswärters Friede an ihre hier wohnenden Verwandten gerichtet hatte. Redakteur Leven hatte gerade wegen des nahen ver-wandtschaftlichen Verhältnisses der Briefschreiberin zu den An-gegriffenen keinen Zweifel in ihre Angaben gesetzt. Leider ist er aber doch das Opfer einer Verleumdung geworden, die er jetzt mit der furchtbaren Strafe büßen soll, obwohl er aus freien Stücken alles gethan hatte, um den Ver-lekten Genugthuung zu gewähren. Vor Gericht scheint es kein „irren ist menschlich“ zu geben.

**Ueber die Kämpfe in der Konfektions-Industrie** und ihre Bedeutung für die Emanzipation der hausindustriellen Arbeiter sprach Reichstagsabgeordneter August Bebel am Montag, in einer von etwa 2000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, in Berlin. Im Sinne seiner Ausführungen gelangte folgende Resolution zur ein-stimmigen Annahme: Die Versammlung erklärt, angesichts der großen Nothlage, in der sich nach allen Richtungen hin die Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Kon-fektion befinden, und bei der Thatsache, daß Unternehmer und Zwischenmeister die gemachten Zusagen aufs Schmach-lichste gebrochen haben, ist es eine Pflicht des Reichstages, Alles aufzubieten, was in seinen Kräften steht, um die vorhandenen Uebel in der Konfektion gründlich zu be-seitigen. Als notwendige Maßregeln in dieser Richtung bezeichnet die Versammlung folgende Punkte: 1) Unter-stellung der Hausindustrie und Heimarbeit unter die Fabrik-Inspektion; 2) Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren; 3) Strenge Innehaltung der sanitären Vor-schriften bezüglich der Arbeitsräume; 4) Listenführung über die beschäftigten Personen; 5) Verbot der Be-schäftigung schulpflichtiger Kinder; 6) Genauere Regelung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum 18. Lebensjahr; 7) Spezielle Vorschriften zur Benutzung von Nähmaschinen; 8) Verbot der Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit; 9) Gesetzliche Maximalarbeits-zeit; 10) Vorschriften über Vereinbarungen bei Löhnen und Lohnzahlungen; 11) Verpflichtung der Meister, über die Lohnzahlungen Buch zu führen; 12) Verbot von Ab-zügen ohne schiedsrichterliche Entscheidung; 13) Lieferung von Arbeitsmaterial und Guthaben zum Selbstkostenpreise; 14) Verbot, daß Werkstätten-Arbeiter Arbeit mit nach Haus bekommen; 15) Gesetzliche Bestimmungen, daß Ueberstunden höher bezahlt werden; 16) Verbot, daß Unternehmer, die sich in sittlicher Beziehung gegen ihre Arbeiterinnen vergangen haben, noch weiter Arbeiterinnen beschäftigen dürfen; 17) Volle Vereinigungsfreiheit; 18) Internationale Vereinbarung der Regierungen zur Ein-führung vorstehender Bestimmungen.

seit drei oder vier Wochen unterstützt. Aber wahrhaftig, ich hätte's Ihnen nimmermehr zugetraut."

Martha brachte das Billet mit Miß Willertons Empfehlung, und Parsons und Tottle eilten fort zu Timjon. Er war zu Hause und begrüßte Parsons mit der größten Herzlichkeit, Tottle aber so steif und kalt als möglich.

"Ich habe den Auftrag, Ihnen dieses Billet zu über-bringen," sagte Watkins.

"Ah — von Miß Willerton!" erwiderte Timjon, sich verjährend. "Ich bitte, nehmen Sie Platz."

Tottle nahm Platz, und betrachtete, während Timjon las, ein Porträt des Erzbischofs von Canterbury über dem Kaminestufe. Timjon stand auf, als er gelesen hatte, blickte Parsons zweifelhaft an und wendete sich zu Tottle.

"Darf ich fragen, Sir, ob unser Freund mit dem In-halt des von Ihnen überbrachten Biletts bekannt ist?"

"Unser Freund weiß Alles," erwiderte Tottle im wichtigsten Tone.

"Dann erlauben Sie mir, Sir," fuhr Timjon, beide Hände Tottle's ergreifend, fort, "Ihnen in seiner Gegen-wart meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank für den Edel-muth auszusprechen, womit Sie sich in dieser Sache benommen haben."

"Er glaubt, ich hätte ihn zur Trauung empfohlen," dachte Tottle. "Diese geistlichen Herren denken doch an nichts als an ihre Gebühren!"

"Es thut mir unendlich leid," fügte Timjon hinzu, "Ihre Absichten mißdeutet zu haben, mein werther Herr, Sie hätten nicht ehrenhafter und nicht uneigennütziger handeln können, und nur Wenige würden gehandelt haben wie Sie."

Mr. Watkins Tottle konnte nicht umhin zu denken, daß die letzte Aeußerung Mr. Timjons gar zu schmeichel-haft wäre, und fiel hastig mit der Frage ein, wann die Trauung sein sollte.

"Donnerstag Morgen um halb neun Uhr," erwiderte Timjon.

(Schluß folgt.)

Der muß seine Freunde kennen! Der sogenannte Marschdichter Hermann Allmer (nebenbei bemerkt Bismärcker und Nationalliberaler), der am Mittwoch die Thilnehmer an der Brate (Oldenburg) abgehaltenen Jahresversammlung des Oldenburger Alterthumsvereins in seinem Marschenheim in Rechtsfeld empfing und be-wirthete, veröffentlicht in oldenburgischen Blättern Fol-gendes: "Rechtsfeld, den 18. Juni 1896. Indem ich der hochgeehrten Brater Versammlung des Oldenburger Vereins für Alterthumskunde und Landesgeschichte hiermit nochmals für den mich so ehrenreichen zahlreichen Besuch am 17. d. Mts. meinen innigsten freudigsten Dank aus-spreche, muß ich zugleich die Anzeige veröffentlichen, daß leider genau mit dessen Scheiden auch die Bau-zeichnung des beabsichtigten Karls-Denkmals verschwunden war. Ich werde jede Auskunft darüber mit gleichem Dank begrüßen, vor Allem die Rücksendung, selbst die unfrankirte und namenlose. Hermann Allmer."

**Wegen einer „anziehenden“ Rede** in einer Schuh-macherverversammlung stand am Dienstag der Schuhmacher König vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin und neben ihm der Schuhmacher Johann Nauen, welcher nach Schluß der erwähnten Versammlung ein Hoch auf die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung aus-gesprochen haben sollte, worin die Anklagebehörde einen groben Unfug erblickte. König hatte in einer Versamm-lung der Bekandung des überwachenden Polizeikommissars gesagt, die heutige bestehende Gesellschaftsordnung müsse „mit Gewalt“ umgestoßen werden. Das Wocgenroth der Freiheit begünne bereits zu kammern, hoffentlich würden demnächst die deutschen Schuhmacher an der Spitze der Revolution marschieren. Wegen dieser Ausführungen, deren sinngetreue Wiedergabe der Angeklagte bestritt, wurde König zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Da gegen wurde der Angeklagte Nauen wegen groben Unfugs freigesprochen, da nicht erwiesen sei, daß sich Jemand von den Anwesenden durch das Ausbringen seines Hochs be-lästigt gefühlt habe.

**Da braucht man allerdings nicht zu streifen.** Unsere Leser werden sich noch des Ligarbeiterstreiks in Kott-bus erinnern und ebenso der Entrüstung, mit der die Fabrikanten und ihre Sippe die „unverschämten Forde-rungen“ der Arbeiter zurückwiesen. Die Fabrikanten er-klärten sich einfach außer Stande, diese Forderungen zu befrädigen; sie stellten die Sache so dar, als ob sie und ihre Beamten am Hungernde nagten. Nun ist durch einen Zufall bekannt geworden, wie so ein arme Fabri-kant seinen armen Direktor bezahlt. Es handelt sich um das Salär des Herrn Direktor Robert Ruhmann bei der Firma C. S. Elias, worüber folgendes Schriftstück Aus-kunft giebt:

Kottbus, den 28. September 1894.

Herrn Robert Ruhmann, Kottbus.

Ihr Salär vom 1. Oktober 1894 bis  
30. September 1895 beträgt . . . Mk. 24 000,—  
ab bis 31. August cr. bezahlt laut dem  
Ihnen übergebenen Auszuge . . . „ 8 305,15  
mithin kommen Ihnen noch . . . . . Mk. 15 695,85

zu, welchen Betrag ich Ihnen durch die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berlin, zusenden lasse, und ersuche ich nach Empfang um Quittung. Für die in diesem Monat laut Quittungsbuch empfangene Kasse habe ich Sie für neue Rechnung belastet. C. S. Elias. Nun-mehr wird es doch jedem Menschen klar werden, daß die Kottbusser Fabrikanten nicht in der Lage waren, den armen Teufeln von Arbeitern ein paar Pfennige zuzulegen. Und, Ihr Kottbusser Arbeiter, schlägt nunmehr zerknirsch an Eure Brust und bittet demüthig um Ver-zeihung wegen des „friedlosen Streiks“, denn Angesichts eines Mk. 24 000 — sage und schreibe vierundzwanzig Tausend Mark — betragenden Gehältes eines Fabrik-direktors werdet Ihr einsehen, daß es bitteres, ja himmel-schreiendes Unrecht von Euch war, ein paar Pfennige mehr Lohn zu verlangen.

**Zwickau.** Wegen einer Schuld von drei Mark leistete ein hier wohnhafter Maurer den Offenbarungseid. Am Donnerstag erfolgte seine Verhaftung wegen Meineids.

**Witzschlag in eine Soldatenabtheilung.** Beim gefechts-mäßigen Einzelschießen auf dem Exerzierplatz bei Hübsche-roda wurde eine ungefähr 18 Mann starke Abtheilung Soldat:n durch einen heftigen Witzschlag derart betäubt, daß alle zu Boden fielen. Die Soldaten erholten sich aber bald wieder.

**Erfurt.** In dem Meineidsprozeß der gegen den verstorbenen Abg. Wiffner eingeleitet war, wurde der „Saale-Ztg.“ zufolge der Mitangeklagte Bauarbeiter Emil Karow, der von Wiffner zum Meineid angestiftet worden war, zu einviertel Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurtheilt.

**Kriegers Heimkehr.** Folgende hübsche Geschichte wird aus Verdun a. d. R. (Regierungsbezirk Düsseldorf) be-richtet: Der hiesige Kreisverein hatte, wahrscheinlich um die Feier zu einer würdigeren zu gestalten, zu der Schiffhäuser-Denkmal-Einweihung auch einen Theil seiner Mitglieder zusammengerufen und hatte eine Deputation derselben das Glück, vom Kaiser angesprochen zu werden. Schleunigst kam nach hier die telegraphische Nachricht: „Wegen Kaiserfahne und Band wurde Kamerad Lang von Sr. Majestät angesprochen.“ Am Sonnabend, 20. d. M., erfolgte die Rückkehr der Wallfahrer; aber, o

Schrecken, zum Empfang der Helden war Niemand am Bahnhof erschienen. Das Veräumlte konnte aber noch nachgeholt werden. Man benutzte also schleunigst den nächsten, nach Effen zurückgehenden Zug zur Wiederab-fahrt und kehrte dann des Abends, nachdem alle Vor-berreitungen zu einem würdigen Empfang getroffen worden waren, zum zweiten Male auf den hiesigen Bahnhof zurück. Die nötige Staffage zu dem dazu nötigen Nummer 1 war inzwischen durch die hiergebliebenen Krieger-vereinsmitglieder, als auch von denjenigen des Publikums, die nicht alle werden, hergestellt worden, und deshalb verhalfte der den Zurückkehrenden durch Fföten und Trommeln dargebrachte Tusch auch nicht ganz ungehört. Also: weil nicht entsprechend würdig empfangen, zwei Mal hingedehrt! Ständ's in den „Fliegenden Blättern“, war's gut erfunden. Thatsächlich passiert ist's am 20. Juni des Jahres 1896 in der Stadt Werden, nicht in Schöppenstein.

**Eine gute Antwort** hat der Frankfurter Reichstags-abgeordnete, Genosse Schmidt, dem dortigen Polizei-präsidenten ertheilt. Bekanntlich lieben es die deutschen Behörden, und ganz besonders die Polizeibehörden, dem gewöhnlichen Steuerzahler Publikum gegenüber den kategorischen Imperativ anzuwenden, der gar sehr an die Kaiserne erinnert. Mit einem solchen Schriftstück ist nun aber die Polizeibehörde von Frankfurt an den Un-rechten gekommen. Genosse W. Schmidt erhielt im Laufe der Woche eine Vorladung vor die Kriminalpolizei zu einer Vernehmung auf Freitag, den 19. Juni. Um was es sich handelte, war dabei aus der Ladung nicht zu ersehen. Da es sich um ein amtliches Aktstück han-delt, geben wir hier nur den Wortlaut des gedruckten Formulars wieder:

Vorladung.  
In einer Ermittlungs-Sache . . . . . werden Sie . . . . .  
hierdurch aufgefordert, sich . . . . . den . . . Monats  
Vormittags . . . . . in dem Geschäftslokal der unterzeichneten  
Stelle (Neue Zeit, Zimmer No. —) zu Ihrer Vernehmung ein-zufinden.  
Frankfurt a. M., den . . . . . 189—  
Rg. Polizei-Präsident.

Da aus dieser Ladung nicht zu ersehen war, ob der Geladene als Beschuldigter oder als Zeuge vernommen werden sollte, so leistete er keine Folge, sondern schickte folgend. entsprechende Erwiderung:

Nachladung.  
In der Ermittlungs-Sache zu No. . . . . werden Sie hier-durch aufgefordert, sich bis längstens Donnerstag, den 18. dieses Monats, Nachmittags 2 Uhr, in dem Geschäftslokal der unter-zeichneten Stelle (Großer Hirschgraben 17, Thorweg links) darüber vernehmen zu lassen, um Wen oder Was es sich handelt, widrigenfalls Sie gewärtigen müssen, erst die Erlaubniß des Deutschen Reichstags (gemäß Art. 31 d. D. R.-Verf.) zu einer Vorladung abzuwarten.  
Frankfurt a. M., den 17. Juni 1896.  
Wilt. Schmidt.

Die wahnwitzige Konkurrenz-Eile, mit der die Schiffe den Ozean durchrasen, ist wie ein Fackelmann der „Frf. Ztg.“ schreibt, die Hauptursach an dem Schiffbruch des „Drummond Castle“.

**Eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1896** lautet wie folgt: „Bekanntmachung. In letzter Zeit ist das „B l a u m a c h e n“ seitens vieler Arbeiter in einem solchen Umfange vorgekommen, daß durch dessen Folgen öffent-liches Aergerniß hervorgerufen worden ist. Grobe Unfugs-verübungen und Schlägereien durch Betrunkene mußten vielfach zur Anzeige gebracht werden. Die arbeitende Klasse, die diesem Treiben lediglich oblag, fordere ich hiermit auf, solches zu vermeiden, anderenfalls ich rück-sichtslos mit der strengsten Bestrafung vorgehen werde. An die Arbeitgeber möchte ich die bringende Bitte richten, doch nach Möglichkeit dahin zu streben, daß diesem Aergerniß erregenden Montagseiern eine Schranke gesetzt wird. Selbst, den 17. Juni 1896. Die Polizeiverwaltung. Der Bürgermeister: Thomas.“ — Also dem „Montags-feiern“ wird durch den gestrenghen Bürgermeister ein Ende gemacht, natürlich nur insofern, als die „arbeitende Klasse“ daran theilhaftig ist. Die überhaupt nicht arbei-tenden Klassen dagegen können wie bisher an sämtlichen Wochentagen „blau machen“, ohne daß sich die Polizei hineinmischet.

**Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.** Die Straf-kammer in Darmstadt verurtheilte die noch nicht 18 Jahre alte Prostituirte Anna Barthel von Biebrich wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Die Angeklagte hatte die Aeußerung über den Kaiser in an g e t r u n k e n e m Zustand gethan.

### Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Ver-lag) ist soeben das 38. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Eine tereuzliche Komödie. — Staatsrecht und politischer Waffenspiegel. Von Parvus. 8. Die allgemeine Wehrpflicht. 9. Die Diebstahl. 10. Volk und Militär während eines Staatsrechts. 11. Die Organisation des passiven Widerstandes. — Etwas Mähig-keits-Doktrin. Von Eduard Bernstein. — Der beste Weg zur Befreiung des Sweating-Systems. Von Beatrice Webb. Auto-risirte Uebersetzung von Helene Simon. — Kleine Briefe. — Revue der Neuheiten. — Notizen: Die Gewerkschaftsbewegung unter den Schreibern in Deutschland. Eine Bahn durch das Meer. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Telman. (Fortsetzung.)